

Bauen und Wohnen aus einer Hand

Umstrukturierung in der Stadtverwaltung geplant – Gemeinderat entscheidet am 16. Mai

Die Zuständigkeiten im Bereich Bauen und Wohnen bei der Stadtverwaltung Freiburg werden in Teilen neu geordnet. Bei der internen Umstrukturierung geht es darum, den wichtigen Themenkomplex noch effizienter zu steuern und voranzubringen. Aufgaben, die zusammengehören, werden in demselben Dezernat gebündelt – alles soll aus einer Hand kommen. Ziel der Reform ist es, Doppelstrukturen und -zuständigkeiten, etwa im Bereich städtischer Gebäude, abzubauen und Entscheidungen und Prozesse zu beschleunigen. Aus diesem Grund werden die Ämter und Referate, die für den Themenkomplex Bauen und Wohnen zuständig sind, ins Baudezernat übertragen. Im nächsten Schritt werden die Prozesse optimiert, Ämter zusammengefasst und neu strukturiert. Davon betroffen sind unter anderem das Amt für Liegenschaften und Wohnungswesen (ALW), das Vermessungsamt inklusive Gutachterausschuss und das Referat für bezahlbares Wohnen (RbW). Die Pläne werden am 16. Mai im Gemeinderat vorgestellt. Im Einvernehmen mit dem Gremium sollen sie dann bis Oktober 2023 umgesetzt werden.

Ämter neu verteilt

Vermessungsamt und ALW sollen künftig dem Baudezernat (Dezernat 5, Bürgermeister Martin Haag) zugehören, nicht mehr wie bisher dem Finanzdezernat (Dezernat 4, Bürgermeister Stefan Breiter). Der Bereich des Wohngelds geht über vom ALW in das Amt für Soziales, das im Dezernat 3 (Bürgermeister Ulrich von Kirchbach) angesiedelt ist. Auch das RbW (bisher Dezernat 1, OB Martin Horn) soll in die Zuständigkeit des Dezernats 5 kommen. So sollen Synergien gehoben werden, um den politisch und gesellschaftlich höchst wichtigen Bereich weiter und schneller voranzubringen.

Wohnraum braucht Flächen

Früher wurden die städtischen Liegenschaften in erster Linie als Teil der Vermögensverwaltung gesehen, daher die Zuordnung zum Finanzdezernat. Mittlerweile hat sich ein Paradigmenwechsel vollzogen. Die städtischen Liegenschaften sind heute vor allem Grundlage, um neue Wohnflächen zu schaffen und damit ein wesentliches Steuerungsinstrument für bezahlbaren Wohnraum.

PIWI in Aktion

Die neue Struktur ist angestoßen durch die „Projektgruppe Impuls für Wandel und Innovation“ (PIWI), die die Modernisierung der Verwaltung voranbringt. Zudem wurde ein externer Gutachter beauftragt, die Situation zu analysieren. Mittelfristig stehen weitere Veränderungen an. So soll im Finanzdezernat eine wichtige Steuerungseinheit entstehen. Geplant ist ein Kompetenzzentrum im Kontext des städtischen Konzerns.

Bürgerservice stärken

Ebenfalls dem Dezernat 4 zugeordnet sind das Amt für Bürgerservice, das Amt für öffentliche Ordnung und das Standesamt – und damit die wichtigsten Ämter für Service und Beteiligung der Bürgerinnen und Bürger. Dieser Bereich wird in Zukunft unter den Prämissen Vereinfachung und Digitalisierung weiter ausgebaut.

Nachteulen sollen Konflikte mildern

Ziel: Prävention im öffentlichen Raum

Das Feiern unter freiem Himmel gewinnt in Freiburg seit Jahren an Attraktivität. Das kann gerade in den Abend- und Nachtstunden zu Konflikten zwischen Nutzenden und Anwohnerinnen sowie Anwohnern führen. Der Grund: laute Musik, zurückgelassener Müll und Wildurinieren. Das sind Probleme, die das Amt für öffentliche Ordnung (AföO) mit seinem Konzept zur Konfliktprävention im öffentlichen Raum eindämmen will.

Ziel des vom Gemeinderat beschlossenen Konzepts ist es, vorbeugend Konflikte durch Kommunikation abzumildern. Die drei Bausteine für das Jahr 2023 sind eine Plakatkampagne, Präventionsgruppen und der Einsatz von Nachtmediatorinnen und -mediatoren in den Hotspots. Seit letzter Woche sind die vier Nightowls (Nachteulen) unterwegs: Sebastian Reimann, Jade-Victoria Decker, Julia Voswinckel und Edwin-Javier Velasco-Caicedo suchen jeweils in Zweiergruppen das Gespräch mit Feiernden und Platznutzenden, um auf die Interessen der Anwohnerinnen und Anwohner aufmerksam zu machen.

Unterwegs sind die Teams jeweils donnerstags, freitags und samstags zwischen 18 und 23 Uhr. Einsatzorte sind die bekannten Hotspots: der Augustinerplatz, der Lederleplatz, der Platz der Alten Synagoge, der Stühlinger Kirchplatz und der Seepark. Der Zeitraum bis 23 Uhr ist bewusst gewählt: Die Feiernden sollen bereits früh am Abend angesprochen werden, da die Zugänglichkeit für Argumente erfahrungsgemäß mit zunehmendem Alkoholkonsum und zu vorgerückter Stunde deutlich abnimmt.

Der Fokus der Präventionsteams wird in den ersten Wochen auf der Innenstadt und dem Seepark liegen. Sie sollen für ein respektvolles und faires Feiern sensibilisieren und so die Lärmproblematik abmildern. Bei Bedarf bieten sie aber auch die sichere Begleitung zur nächstgelegenen Bahn- oder Bushaltestelle an, haben Mülltüten dabei und vermitteln Ansprechpartnerinnen und -partner, wenn Hilfe benötigt wird. Nicht zu den Aufgaben gehört dagegen das Eingreifen bei akuten Lärmbeschwerden: Hierfür sind auch weiterhin der städtische Vollzugsdienst oder die Polizei zuständig. Außerdem wurde beim AföO eine Koordinationsstelle für kommunales Konfliktmanagement eingeführt, die auch für Lärmbeschwerden im Stadtgebiet zuständig ist.

Kontakt: Konfliktmanagement@stadt.freiburg.de

Gemeinderat beschließt mit großer Mehrheit den Doppelhaushalt

Auch in der dritten Lesung brauchten die Gemeinderatsmitglieder viel Konzentration und Sitzfleisch, ehe der 2,4-Milliarden-Euro-Haushalt in der abschließenden Abstimmung eine deutliche Mehrheit fand. Lediglich Eine Stadt für alle, Freie Wähler, AfD und Freiburg Lebenswert verweigerten dem Plan die Zustimmung. In der finalen Runde der Haushaltsberatungen am vergangenen Dienstag wurde unter anderem noch über knapp 80 strittig gestellte Fraktionsanträge abgestimmt, von denen fünf schließlich noch eine Mehrheit fanden. Zu Beginn der fünfstündigen Sitzung hatten die Fraktionsvorsitzenden ihre Haushaltsreden gehalten – sie sind in dieser Ausgabe auszugsweise auf den Seiten 4 bis 6 dokumentiert. Die größten Aufreger während der Beratungen waren die Erhöhung der Kitagebühren und die Planungen für ein Feuerwehrhaus in Kappel. Details dazu sowie zum Gesamthaushalt finden sich auf den Seiten 2 und 3.

Querformat

Auf zur Frühjahrmess'

Endlich: Die Temperaturen steigen, Frühling lässt sein blaues Band so richtig flattern, und auf dem Messegelände leuchten ab 18. Mai die blauen und violetten Lichter des Riesenrads und laden dazu ein, den Himmel zu schweben und das Leben mit Schwung und von oben zu betrachten. Wer's noch schwungvoller oder gar gruselig mag: Auch das Kettenkarussell Schwanenflug, das Geisterschloss oder „Crazy-Vegas“ warten auf Fans der Frühjahrmess', die dieses Mal bis zum 29. Mai dauert. Mit dabei sind mehr als 100 Schausteller und Marktkaufleute, los geht's am Donnerstag, 18. Mai, um 14 Uhr. Auch Aktionstage gibt es wieder: Am Dienstag, 23. Mai, ist Kinder- und Familientag, am Mittwoch Studierendentag, am Donnerstag Schnäppchen- und Aktionstag und am Freitag, 26. Mai, Oma-Opa-Enkel-Tag. Zum Auftakt und Abschluss leuchten nicht nur die Lichter der Fahrgeschäfte, sondern gleich der ganze Himmel: Das Eröffnungsfeuerwerk findet am Freitag, 19. Mai, um 22.45 Uhr statt, das große Abschlussfeuerwerk am Montag, 29. Mai, gegen 22.45 Uhr. (Foto: P. Seeger)

Infos unter: www.freiburgermess.freiburg.de

Jae-Joon Lee in Freiburg

Delegation aus der koreanischen Partnerstadt Suwon zu Besuch

Der neue Bürgermeister Suwons, Freiburgs südkoreanischer Partnerstadt, Jae-Joon Lee, war zwei Tage in Freiburg. Neben einem umfangreichen Programm gab es an der Suwonallee am Stadion einen Fototermin mit einem Überraschungsgast: Wooyeong Jeong, koreanischer Nationalspieler in Diensten des SC Freiburg, mischte sich unter die Delegation.

Lee war zum ersten Mal in seinem neuen Amt als Bürgermeister zu Gast in Freiburg. 2012, damals noch in der Funktion des stellvertretenden Bürgermeisters, gehörte er aber ebenfalls einer Besuchsdelegation an. In der Zeit bahnte sich die Städtepartnerschaft an, die 2015 in Freiburg und im März 2016 in Südkorea offiziell besiegelt wurde. Die Partnerschaft mit Suwon ist Freiburgs zwölfte und bisher jüngste Städteverbindung.

Die beiden Städte teilen unter anderem, dass sie einen politischen Schwerpunkt auf nachhaltige Entwicklung legen. Neben dem offiziellen Empfang im Historischen Ratssaal und einem Auftritt im gemeinderätlichen Haupt- und Finanzausschuss stand ein Austausch zum Thema Umwelt- und Klimaschutz im urbanen Raum auf dem Programm.

Drei fragen an Sebastian Backhaus

Leiter des Nachhaltigkeitsmanagements

Zum sechsten Mal in Folge wurde Freiburg kürzlich als Fairtrade-Town ausgezeichnet. Damit werden Städte gewürdigt, die sich nachweislich für fairen Handel einsetzen – in Deutschland sind das 820, weltweit mehr als 2000. In Freiburg ist dafür Sebastian Backhaus zuständig.

1. Freiburg ist seit 2013 Fairtrade-Town. Welche Kriterien gibt es dafür?

Für die Auszeichnung müssen nachweislich fünf Kriterien auf verschiedenen Ebenen erfüllt werden. Die Stadtverwaltung und der Gemeinderat trinken fair gehandelten Kaffee und halten die Unterstützung des fairen Handels in einem Ratsbeschluss fest. Eine Steuerungsgruppe koordiniert alle Aktivitäten, in Geschäften und gastronomischen Betrieben werden Produkte aus fairem Handel angeboten, die Zivilgesellschaft leistet Bildungsarbeit, und die lokalen Medien berichten über die Aktivitäten vor Ort.

2. Wie sieht das konkret aus, und wer macht alles mit?

Freiburg hat sich mit seinen Nachhaltigkeitszielen dafür ausgesprochen, eine nachhaltige und faire Beschaffung zu verankern und für bewusste Konsum- und Verhaltensweisen zu sensibilisieren. Mit der Steuerungsgruppe Fairer Handel – einem Zusammenschluss aus Verwaltung, Zivilgesellschaft und Wirtschaft – wollen wir in der Öffentlichkeit ein Bewusstsein dafür schaffen. Darüber hinaus wollen wir das Wirtschaften und die Beschaffung von Organisationen und Unternehmen nachhaltig und fair gestalten.

3. Warum ist fairer Handel auf lokaler Ebene so wichtig?

Zum einen sind kommunale Verwaltungen und öffentliche Institutionen wichtige Auftraggeber bei der Beschaffung von Waren. Zum anderen kann jede und jeder einen Beitrag dazu leisten, dass durch den Kauf von fair gehandelten Produkten Menschen in ärmeren Ländern einen fairen Anteil vom Gewinn bekommen und unter guten Bedingungen arbeiten können. Wir können somit auch hier vor Ort unseren Beitrag zu einer nachhaltigen Entwicklung in Ländern des Südens leisten.

Gemeinderat dreht am Millionenrad

OB Horn: „Investieren in die Zukunftsthemen unserer Stadt“

Um kurz nach sieben war es soweit: Mit den Stimmen von Grünen, SPD/Kulturliste, CDU, Jupi und FDP/BfF beschloss der Gemeinderat die Satzung für den Doppelhaushalt 2023/2024. In der abschließenden dritten Lesung packten die Ratsmitglieder nochmals rund 650 000 Euro auf den Entwurf drauf, der insgesamt 2,4 Milliarden Euro für beide Haushaltsjahre umfasst.

„Strategische Mitte“

Zu Beginn der Sitzung hatten die Fraktionsvorsitzenden in ihren Haushaltsreden ihre jeweiligen Schwerpunkte erläutert. Maria Viethen von den Grünen bezeichnete den Haushalt als „Klimahaushalt“. Ihre Fraktion habe vorwiegend bei Bildung und sozialer Teilhabe Änderungsbedarf gesehen – und gemeinsam mit SPD/Kulturliste und Jupi als „strategische Mitte“ durchgesetzt. Deren Sprecherinnen und Sprecher zeigten sich mit dem Erreichten ebenfalls zufrieden. Julia Söhne (SPD) betonte den „sozialen Zusammenhalt“, der sich unter anderem in den Bemühungen um den bezahlbaren Wohnungsbau zeige. Atai Keller von der Kulturliste bewertet den Haushalt als „Erfolg für die Kulturstadt“. Simon Sumbert zeigte sich sehr zufrieden mit der Rolle seiner Jupi-Fraktion: „Wir sind ein Treiber der Entwicklung Freiburgs zu einer klimaneutralen und sozialen Großstadt.“

Zustimmung mit Vorbehalt

Zustimmung zum Haushalt kam, anders als vor zwei Jahren, auch von der CDU und der FDP/BfF-Fraktion. Carolin Jenker stellte die Zustimmung der Christdemokraten aber unter die Bedingung, dass „eine glaubwürdige Strategie zur Eindämmung der Neuverschuldung“ entwickelt wird – so wie früher zu Zeiten des CDU-Masterplans. „Ohne Leidenschaft und Wohlwollen“ stimmte Sascha Fieks FDP/BfF-Fraktion dem Haushalt zu – „trotz aller Kritik“, die er vor allem an der Finanzpolitik festmachte.

„Mut und Tatkraft“ fehlen

Engagiert wie eh und je beteiligte sich Eine Stadt für alle an den Beratungen zum Haushalt, zu dem sie gewohnt viele Änderungsanträge einbrachte. Zwei nicht erfolgreiche gaben für Gregor Mohlberg und Lina Wiemer-Cialowicz letztlich den Ausschlag, das Gesamtwerk abzulehnen: der Verzicht auf höhere Gewerbesteuern und die Erhöhung der Kitagebühren.

„Mut und Tatkraft, unangenehme Themen zu benennen und Veränderungen einzuleiten“, vermisste Johannes Gröger von den Freien Wählern. Weil Freiburg „einer Gesamtverschuldung von zwei Milliarden Euro“ entgegensteuere, lehnte seine Fraktion den Haushalt „selbstredend“ ab. Zum selben Schluss kam auch die AfD-Gruppierung. Deren Sprecher Detlef Huber prognostizierte dem Oberbürgermeister einen „harten Aufprall in der Realität“. Für Wolf-Dieter Winkler, den Einzelstadtrat von Freiburg Lebenswert, gab es schließlich eine Vielzahl von Gründen, den Haushalt abzulehnen, die sich am ehesten wohl unter dem Stichwort „falsche Prioritätensetzung“ zusammenfassen lassen.

36 dafür, 13 dagegen

In der Summe ergaben sich für das erstmals seit längerer Zeit wieder vollzählig versammelte Gremium 36 zu 13 Stimmen für den Haushalt, den Oberbürgermeister Martin Horn so einordnete: „Mit dem Haushalt stellen wir die politischen Weichen, um ökologische, ökonomische, soziale und kulturelle Ziele zu verbinden und voranzutreiben. Wir investieren in bezahlbares Wohnen und soziale Gerechtigkeit, die Verkehrswende, die Digitalisierung und engagieren uns stark gegen den Klimawandel.“

Nicht vergessen dürfe man, dass die Welt nach mehr als zwei Jahren Pandemie vom brutalen Angriffskrieg Russlands auf die Ukraine erschüttert wurde. Folgen wie erheblich steigende Energiepreise und die hohe Inflation bremsen die wirtschaftliche Entwicklung und belasteten die Finanzen. „Aber wir stellen uns diesen Herausforderungen. Gerade in schwierigen Zeiten müssen wir in die Zukunftsthemen unserer Stadt investieren“, so der Oberbürgermeister.

Hohe Investitionen

Insgesamt hat der Doppelhaushalt ein Volumen von rund 2,4 Milliarden Euro, also circa 1,2 Milliarden Euro pro Jahr. In den beiden Jahren sollen dabei zusammen fast 250 Millionen Euro in die Entwicklung der Stadt investiert werden. Die geplanten Ausgaben der kommenden beiden Jahre übersteigen die Einnahmen. Deshalb sieht der Doppelhaushalt Kreditaufnahmen von bis zu 40 Millionen Euro pro Jahr zur teilweisen Finanzierung der Zukunftsinvestitionen vor. Dadurch würde der Schuldenstand bis Ende 2024 von derzeit 299,3 auf dann 379,3 Millionen Euro steigen. Zusätzlich sollen über die beiden Jahre insgesamt bis zu 67 Millionen Euro aus der vorhandenen Liquidität der Stadt entnommen werden. Erfahrungsgemäß werden die geplanten Kredite nicht in voller Höhe ausgeschöpft.

Geld für Sport und die Musikschule

Noch fünf Anträge fanden eine Mehrheit

Fast 80 Anträge hatten die Fraktionen und Gruppierungen für die dritte Lesung strittig gestellt und wollten damit erreichen, dass sich vielleicht doch neue Mehrheiten für oder auch gegen einen Änderungsantrag bilden. In fünf Fällen war dies von Erfolg gekrönt, in drei weiteren Fällen wurde das Votum aus der zweiten Lesung bestätigt. Hier die Übersicht:

Räume für die Musikschule

Schon in der zweiten Lesung hatte der Gemeinderat für die Musikschule ein höheres Budget beschlossen, um zusätzliche Räume anmieten zu können. 130 000 Euro hatte das Gremium für 2024 bewilligt – allerdings mit Sperrvermerk. Der CDU war das schon damals zu wenig – und zwischenzeitlich offenbar manch anderen auch: Jetzt stehen auch für 2023 50 000 Euro im Haushalt zur Verfügung, mit Unterstützung aller Fraktionen außer Grünen und Jupi.

Personal für Schwere(s)Los!

Der Verein Schwere(s)Los! kümmert sich im Stühlinger um die kulturelle Teilhabe von Menschen in prekären Lebenssituationen. Ein wichtiger Schwerpunkt ist die Arbeit mit Geflüchteten. Weil die Nachfrage stark gestiegen ist, hatte die Kulturliste eine Zuschusserhöhung von 37 500 Euro für Personal beantragt – zunächst erfolglos. In der dritten Lesung gab es aber eine Mehrheit – mit Unterstützung von Grünen, Eine Stadt für alle, SPD/Kulturliste, Jupi und Freiburg Lebenswert.

Sozialberatung im Westen

Einen kleinen Zuschuss von knapp 4500 Euro hatten Freie Wähler und Jupi für die Sozialberatung im Haus Landwasser beantragt. Das hatte in der zweiten Lesung nicht geklappt. Jetzt hatte das Strittigstellen von Jupi und AfD Erfolg – gegen die Stimmen von CDU und FDP/BfF.

Zuschüsse für Jugendsport

Bislang erhalten die Sportvereine pro Jugendlichen einen städtischen Zuschuss von 24 Euro. Eine Stadt für alle und SPD/Kulturliste hatten im Haushalt beantragt, diesen Zuschuss auf 29 Euro zu erhöhen, stießen in der zweiten Lesung aber auf Ablehnung. Die Antragsteller selbst sowie die AfD wollten das so nicht hinnehmen – und wurden für ihre Hartnäckigkeit belohnt. Gegen die Stimmen von Grünen, CDU und FDP-Stadträtin Feierling stehen dafür jetzt 200 000 Euro mehr im Haushalt zur Verfügung.

Eine Stelle im Sportreferat

Vor allem zur Umsetzung des Sportentwicklungsplans halten Eine Stadt für alle, SPD/Kulturliste und CDU die Schaffung einer zusätzlichen Stelle im Sportreferat für erforderlich. Die nach Entgeltgruppe 11 bewertete Stelle kostet pro Jahr knapp 80 000 Euro, für 2023 die Hälfte. Dieses Geld ist jetzt da – nur Grüne, Jupi und FL-Stadtrat Winkler waren dagegen.

Planungsrate für Kappel

Zwei weitere Anträge von CDU und FW wären in der dritten Lesung erfolgreich gewesen, wenn die Verwaltung – auch aufgrund des großen öffentlichen Drucks – den Fraktionen nicht zuvorgekommen wäre. Zur Planung stehen im Jahr 2024 jetzt 100 000 Euro zur Verfügung. Damit soll gewährleistet sein, dass ab 2025 gebaut werden kann, so CDU-Stadtrat Klaus Schüle.

Mehrheiten bestätigt

In drei Fällen bestätigte der Gemeinderat das, was bereits in der zweiten Lesung beschlossen wurde. So bleibt es dabei, dass das GuT eine zusätzliche Stelle bekommt, um die Einführung weiterer Bewohnerparkgebiete zu beschleunigen und damit zusätzliche Einnahmen zu erzielen, wie es die Grünen erfolgreich beantragt hatten.

Auch die Kulturstraßenbahn, für die sich Jupi erfolgreich eingesetzt hatte, bleibt im Haushalt – und damit die Ausgaben von 220 000 Euro, die allerdings nur anfallen, wenn sich auch ein geeigneter Standort für die ausgemusterte VAG-Bahn findet. Mehr Personal zur Überwachung des fließenden Verkehrs und zur Abrechnung der Verstöße hatten die Grünen erfolgreich beantragt – und dabei blieb es auch nach der dritten Lesung.

Gemeinderat in Kürze

Seit einigen Jahren ist es üblich, dass der Gemeinderat über Themen, die mit erheblichen finanziellen Auswirkungen verbunden sind, erst im Zuge der Haushaltsberatungen abstimmt. Um was es in diesen „haushaltsrelevanten Drucksachen“ ging und was am vergangenen Dienstag sonst noch beschlossen wurde, geben wir im Folgenden kurz wieder.

Ben-Shlomo neu im Gemeinderat

Für den kürzlich verstorbenen Helmut Thoma rückte bei den Grünen Jonathan Ben-Shlomo neu in den Gemeinderat nach. Der 42-jährige Volkswirt ist ein erfolgreicher Schwimmer und Präsidiumsmitglied im jüdischen Sportverband Makkabi Deutschland.

Multifunktionshaus im Güterbahnareal

Im Baufeld D4 auf dem Güterbahnareal, südwestlich der Lokhalle, plant die Verwaltung ein Gebäude, das viele Nutzungen unter einem Dach vereinen soll: Quartierstreff, Kinder- und Jugendtreff, Sport- und Spielflächen sowie eine Gemeinschaftsunterkunft für geflüchtete Menschen. Detailplanungen gibt es noch nicht – aber jetzt einen Grundsatzbeschluss des Gemeinderats. Mit großer Mehrheit hat der die Verwaltung beauftragt, eine Entwurfsplanung mit Kostenschätzung auszuarbeiten, und dafür 1,5 Millionen Euro Planungsmittel bereitgestellt.

Erweiterung der Schule in Lehen

Einstimmig hat der Gemeinderat beschlossen, die Johannes-Schwartz-Schule in Lehen zu erweitern. Durch das neue Baugebiet Zinklern wird die Ortschaft in den nächsten Jahren beträchtlich wachsen. Damit steigt auch der Bedarf an Grundschulplätzen. Zum Schuljahr 2019/2020 rechnet die Verwaltung mit 219 Schulkindern – heute sind es 135. Da es bislang keine Cafeteria und keinen Raum für die Schulkindbetreuung gibt, besteht weiterer Raumbedarf, der jetzt mit einem Erweiterungsbau gedeckt werden soll. Bisherige Kostenschätzungen gehen einschließlich einer zusätzlich geplanten viergruppierten Kita von rund elf Millionen Euro Baukosten aus. Mit dem jetzt gefassten Grundsatzbeschluss kann die Detailplanung starten, sodass ein Baubeginn 2025 und die vollständige Fertigstellung 2028 möglich sind.

Max-Weber-Schule wird erweitert

Nach dem Grundsatzbeschluss für eine Erweiterung der Max-Weber-Schule hat der Gemeinderat jetzt auch den Bau beschlossen – einstimmig. Stand heute kostet der nördlich an das Bestandsgebäude anschließende Neubau 20 Millionen Euro, dazu kommen 2,5 Millionen Euro für die Sanierung der Toiletten im Altbau. In einem Jahr sollen die Arbeiten beginnen; im Sommer 2026 soll das Haus bezugsfertig sein. Im Anschluss soll auch das aus den 1960er-Jahren stammende Hauptgebäude saniert werden.

Mehr Personal für die Stadt

Gesetzliche Änderungen sowie gestiegene Anforderungen in vielen Bereichen, vor allem bei der Bildung mit der Kita- und Schulkindbetreuung, im Klimaschutz, bei Mobilität und Digitalisierung, Sanierung, Integration und beim Wohnen, machen die Schaffung von 150 neuen Planstellen sowie von 133 zeitlich befristeten Stellen erforderlich. Durch erfolgreiche Fraktionsanträge in der zweiten Lesung kommen weitere 7,5 Stellen dazu. Im Gegenzug können aber auch 48 Stellen entfallen. Einschließlich der jüngst beschlossenen Tarifierhöhungen liegt das Personalkostenbudget der Stadtverwaltung jetzt bei 295,5 Millionen Euro im Jahr 2023 und 314,4 Millionen Euro im Jahr 2024.

Höhere Steuern beim Glücksspiel

Im Rahmen der zweiten Lesung hatte der Gemeinderat die Erhöhung der Vergnügungsteuer beschlossen. Damit die Mehreinnahmen möglichst schnell im Haushalt landen, hat die Verwaltung jetzt die notwendige Satzungsänderung vorgelegt. Somit steigt der Steuersatz von 24 auf 29 Prozent. Pro Jahr bedeutet das ein Plus von 700 000 Euro – und für 2023 die Hälfte, da die Satzung erst zum Juli in Kraft tritt.

Hundehaltung wird teurer

Mit großer Mehrheit hat der Gemeinderat beschlossen, die Hundesteuer zu erhöhen. Statt 102 Euro kostet der erste Hund künftig 120 Euro pro Jahr. Für jeden weiteren Vierbeiner sind 240 Euro fällig – bislang 204. Dadurch würden sich die jährlichen Einnahmen um rund 90 000 Euro auf voraussichtlich etwa 656 000 Euro erhöhen. Assistenzhunde oder Hunde aus Tierheimen sind nach einem Gemeinderatsbeschluss vom März 2021 von der Steuer ausgenommen.

Mittelfristige Finanzplanung

Mit der Haushaltssatzung für den Doppelhaushalt hat der Gemeinderat mit großer Mehrheit auch die mittelfristige Finanzplanung für die nächsten fünf Jahre beschlossen. Dabei handelt es sich um eine Vorausschau, die Zielvorstellungen und deren Finanzierungsmöglichkeiten aufzeigt. Sie trifft aber noch keine verbindlichen Festlegungen für kommende Haushalte. Schon heute absehbar ist, dass auch der nächste Doppelhaushalt 2025/2026 eine restriktive Planung, strukturelle Verbesserungen und klare politische Prioritätensetzungen erfordert.

Kitabeiträge nach sechs Jahren erhöht

Heftig umstritten war die Erhöhung der Kitabeiträge. Über 3000 Freiburger Eltern hatten eine Petition dagegen unterzeichnet, auch im Gemeinderat sprachen sich mehrere Fraktionen vehement gegen die Erhöhung aus. Mit den Stimmen von Grünen, SPD/Kulturliste und Jupi fand der Verwaltungsvorschlag dennoch eine deutliche Mehrheit.

Letztmals waren die Kitagebühren 2017/2018 angepasst worden. Seither sind die Kosten für Gebäude, Betrieb und Personal aber um 15 Prozent gestiegen, bis Jahresende werden es voraussichtlich sogar 20 Prozent sein. Die jetzt beschlossene Erhöhung sieht ein Stufenmodell vor: Zum 1. September steigen die Elternanteile je nach Preisstufe um 4 bis 17 Prozent. Ein Jahr später werden dann weitere vier Prozent aufgeschlagen, zum 1. September 2025 schließlich nochmals fünf Prozent.

Weiterhin ist der Kindergartenbesuch für Familien mit sehr geringem Einkommen kostenlos, für Familien mit geringem oder mittlerem Einkommen gibt es eine Ermäßigung. Um Schwellenhaushalte gezielt zu entlasten, wird außerdem eine weitere ermäßigte Preisstufe eingeführt. Um solche Preissprünge künftig zu vermeiden, sollen die Beiträge ab 2026 jährlich entsprechend der Empfehlungen der kommunalen Landesverbände und Kirchen erhöht werden – das waren in der Vergangenheit rund drei Prozent pro Jahr.

Bericht zur Nachhaltigkeit

Der fünfte Freiburger Nachhaltigkeitsbericht wird parallel zu den Haushaltsberatungen in den Gemeinderat eingebracht. Er dient als Informationsgrundlage, finanzielle Entscheidungen und das politische Handeln an den städtischen Nachhaltigkeitszielen auszurichten.

LED statt Natriumdampf

Genau 21 370 Lampen erhellen Freiburgs Straßen; über 80 Prozent nutzen dafür die Natriumdampftechnik. Erst 17 Prozent der Leuchten erstrahlen mit LED-Technik, die sehr viele Vorteile hat: Sie verbraucht deutlich weniger Energie und strahlt gleichzeitig heller, was zur Sicherheit beiträgt. Außerdem lässt sich die Farbtemperatur einstellen, sodass Insekten weniger gestört werden. Optional lassen sich außerdem Zusatzfunktionen installieren, die zum Beispiel Wetterdaten erfassen, Verkehr zählen, auf Bewegung reagieren oder die Umgebung mit WLAN versorgen. Technisch ist es möglich, alle Lampen im Stadtgebiet innerhalb von vier Jahren auszutauschen. Das kostet insgesamt etwas über 15 Millionen Euro. Rund fünf Millionen Euro vom Bund sind dafür zu erwarten. Nach vollständiger Umrüstung rechnet die Verwaltung mit einer jährlichen Einsparung von rund zwei Millionen Euro Energiekosten und fast 1900 Tonnen CO₂. Der Gemeinderat hat einstimmig beschlossen, zunächst die Lampen in den nördlichen Stadtteilen umzurüsten. Dazu stellt die Stadt 2,2 Millionen Euro aus dem Klimaschutzfonds bereit.

Geld aus dem Klimaschutzfonds

Teil der 2021 beschlossenen Klimaschutzoffensive ist der neue Zukunftsfonds Klimaschutz, der in sechs Jahren 120 Millionen Euro für Klimaschutzprojekte bereitstellt. Zwölf Millionen pro Jahr stammen aus dem städtischen Haushalt, acht weitere aus Förder- und Eigenmitteln. Für den Zeitraum des Doppelhaushalts waren 81 Anträge bei der Geschäftsstelle des Klimaschutzfonds eingereicht, deren Gesamtvolumen mit fast 37 Millionen Euro das zur Verfügung stehende Budget aber deutlich überschreitet. Nach einem intensiven fachlichen Bewertungsverfahren hat die Verwaltung dem Gemeinderat nun 73 Anträge mit einem Gesamtvolumen von 24 Millionen Euro vorgeschlagen. Neben fachlichen Gesichtspunkten hat dabei auch die Frage eine Rolle gespielt, wie schnell einzelne Projekte umsetzbar sind und damit die gewünschte Wirkung entfalten. Diesem Vorschlag ist der Gemeinderat mit großer Mehrheit gefolgt.

Mehr Personal für die Jugendarbeit

In ihrem ersten Freizeitstättenbedarfsplan legt die Verwaltung detailliert dar, welche Einrichtungen und Angebote es gibt und welche Bedarfe bestehen. Ein Ergebnis: Für Begegnungsstätten für Kinder und Jugendliche sah die Verwaltung einen Mehrbedarf von fünf Vollzeitstellen, die pro Jahr 350 000 Euro kosten. Darin enthalten waren 6,4 Stellenerhöhungen, 2,4 Stellenreduzierungen und eine ganz neue Stelle – in der Summe also fünf. Der Gemeinderat zeigte sich damit aber nicht einverstanden und setzte mit großer Mehrheit durch, dass alle bestehenden Stellenanteile erhalten bleiben, in der Summe also 7,4 Vollzeitstellen dazukommen. Das kostet in beiden Haushaltsjahren zusammen 780 000 Euro und ab 2025 dann jährlich 520 000 Euro mehr als bislang.

266 Millionen Euro für Jugendhilfe

Das Gesamtbudget für Zuschüsse an die Träger der freien Jugendhilfe liegt 2023 bei 131,6 Millionen Euro und 2024 bei 134,2 Millionen Euro und enthält für beide Jahre Tarifsteigerungen von zwei und vier Prozent. Über die Verteilung der Mittel entscheidet final der Kinder- und Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung.

Hilfe zum Start ins Berufsleben

Mit der Jugendberufshilfe werden sozial benachteiligte junge Menschen dabei unterstützt, nach der Schule im Berufsleben Fuß zu fassen. Dafür gibt es in Freiburg ein dichtes Netz sozialer Hilfsangebote, die von freien Trägern erbracht werden. Die Stadt stellt dafür in den kommenden beiden Haushaltsjahren insgesamt 4,9 Millionen Euro zur Verfügung. Auch hier entscheidet der Kinder- und Jugendhilfeausschuss in seiner nächsten Sitzung final über die Verteilung der Mittel.

Jugendhilfe im Bereich Migration

Für Jugendhilfe im Bereich Migration stellt der Gemeinderat in den Jahren 2023 und 2024 insgesamt knapp über eine Million Euro bereit. Zuschüsse für neue Einrichtungen oder Projekte sind darin nicht enthalten, aber die Tarifsteigerungen für die kommenden beiden Jahre. Die endgültige Entscheidung liegt wiederum beim Kinder- und Jugendhilfeausschuss.

Aus den Fraktionen

Die Beiträge dieser Seite werden inhaltlich von den Parteien und Gruppierungen im Gemeinderat verantwortet. Der Textumfang orientiert sich an der Anzahl der Sitze im Gemeinderat.

Grüne

Ein Klimahaushalt mit sozialer Handschrift

Wir wollen als Grüne, dass Freiburg für diese und die kommenden Generationen lebenswert und bezahlbar ist. Dazu gehört Klimaschutz auf allen Ebenen und eine Sozial- und Bildungspolitik, die ihrer Verantwortung gerecht wird. Es geht um Chancengerechtigkeit für Kinder aus allen Gesellschaftsschichten. Und um soziale Teilhabe. Freiburg soll eine Stadt für alle sein. Wenn Leute mit wenig Geld hier keine Wohnung finden, Kinder in unsanierte Schulen gehen, Eltern keine Kinderbetreuung haben oder Menschen vom gesellschaftlichen Leben ausgeschlossen sind – dann müssen wir als Stadt konkret gegensteuern. Und das muss sich auch im Haushalt widerspiegeln.

Nachdem meine Fraktion mit dem letzten Doppelhaushalt mehr Mittel für Klimaschutz und Verkehrswende auf den Weg bringen konnte, war es uns diesmal wichtig, im Bereich Bildung und soziale Teilhabe nachzusteuern. Das ist uns gelungen. Wir konnten erfolgreich mehr Geld unter anderem für den Ganztagsausbau, die Sanierung an Schulen und für die Inklusion an Kitas einstellen.

Verlässlichkeit ist die wichtigste Währung der Politik

Auf Initiative der Grünen-Fraktion haben wir vor zwei Jahren beschlossen, dass die Mittel aus der Konzessionsabgabe der Badenova mittelfristig vollständig in den Klimaschutz fließen sollen. Das war uns nicht genug. Wir haben mit dem Oberbürgermeister vereinbart, dass jährlich 20 Millionen, insgesamt also in den nächsten sechs Jahren 120 Millionen Euro für zusätzliche Maßnahmen im Klimaschutz investiert werden sollen. Wir sind mit dem Oberbürgermeister eine weitere Vereinbarung eingegangen: Wenn dieser Klimashutzfonds kommt, dann stellen wir als grüne Fraktion in diesem Haushalt keine weiteren Anträge zum Klimaschutz. Daran haben wir uns gehalten.

Der vorgelegte Haushaltsentwurf kommt auch den anderen grünen Kernanliegen entgegen. Die größte und drängendste soziale Frage bleibt die Versorgung mit bezahlbarem Wohnraum. Angefangen bei der besseren personellen Ausstattung der Wohngeldstelle bis zu den notwendigen Mitteln für die städtebaulichen Entwicklungsmaßnahmen Kleineschholz und Dietenbach und der Stärkung der Freiburger Stadtbau. Im Bildungsbereich sind wir froh, dass mit dem Erweiterungsbau für die Max-Weber-Schule endlich der Einstieg in die Sanierung der Gewerbeschulen beginnt.

Wir haben uns um verlässliche Partner bemüht, die mit uns Verantwortung übernehmen. Dies konnten nicht die bürgerlichen Fraktionen wie die CDU sein, die vor zwei Jahren den Haushalt abgelehnt haben. Es wird Sparen gepredigt, aber eine neue Eishalle gefordert. Statt zu priorisieren, soll von allen Investitionsvorhaben der Stadt fünf Prozent eingespart werden. Auch der Verkauf städtischen Grundbesitzes ist kein solider Vorschlag. Grundstücke kann man nur einmal verkaufen. Wir halten an unserem Grundsatzbeschluss für eine nachhaltige Bodenpolitik der Stadt fest. Sie hilft uns, mittelfristig die Spekulation mit Grund und Boden und daraus folgende Wuchermieten zu bekämpfen.

Zusammen mit SPD/Kulturliste und Jupi ist es gelungen, für diesen Haushalt eine Art Bündnis der strategischen Mitte zu finden. Wir verfolgen ähnliche Ziele und wollen gemeinsam Verantwortung für die städtischen Finanzen übernehmen.

Das ist manchmal schmerzhaft. So hatte unsere Fraktion vor drei Jahren ein Kita-Beitragsystem gefordert, das Familien mit mittlerem Einkommen stärker entlastet. Jetzt, wo die soziale Staffelung verbessert wird, sind wir in einer Situation, in der wir ohne eine Erhöhung der Gebühren nicht mehr auskommen. Die Vorgabe des Landes lautet, dass die Elternbeiträge 20 Prozent des Gesamtaufwands abdecken sollen. Davon ist Freiburg mit rund elf Prozent nach wie vor weit entfernt. Wir geben in diesem Haushalt 320 Millionen Euro für Kitas aus. Nach Abzug der Zahlungen des Landes verbleibt ein restlicher Aufwand von 171 Millionen Euro bei der Stadt. Das sind trotz Gebührenerhöhung rund 22 Millionen Euro mehr.

Wenn andere eine generelle Beitragsfreiheit der Eltern fordern, ist das Symbolpolitik und gefährdet wesentlich die Qualität der Kinderbetreuung. Denn die Bundesländer ohne Elternbeiträge sind gleichzeitig auch die mit dem schlechtesten Personalschlüssel und dem höchsten Mangel an Fachkräften. Die Qualität der Kitas ist in Baden-Württemberg deutschlandweit die beste, weil die vorhandenen Mittel im Sinne einer guten frühkindlichen Bildung in das Personal investiert werden.

Wenn wir die Erzieherinnen und Erzieher anständig bezahlen und die Qualität der Betreuung aufrechterhalten wollen, ist daher ein höherer Beitrag der Elternschaft unverzichtbar. Durch die neue Staffelung werden künftig für das erste und zweite Kind über die Hälfte der Eltern keinen oder einen ermäßigten Beitrag zahlen. Ab dem dritten Kind werden es sogar über 70 Prozent sein. Wir halten die Erhöhung deshalb zwar für schmerzhaft, aber für sozial ausgewogen und zumutbar.

Wirksame Deckungsvorschläge – Mehr Geld für Bildung und Soziales

Wir haben alle unsere Haushaltsanträge mit Mehreinnahmen an anderer Stelle gedeckt. Die Erhöhung des Ansatzes für Bußgelder aus dem Verkehrswesen bringt jährlich zwei Millionen. Die Vergnügungssteuer wird an die Steuersätze anderer Kommunen, zum Beispiel Mannheim und Breisach, angeglichen und ab 2024 jährliche Mehreinnahmen von 700 000 Euro bringen.

Eine Erhöhung der Gewerbesteuer sehen wir in diesem Doppelhaushalt nicht. Viele kleine und mittelständische Betriebe in Handel und Gastronomie haben sich von den Folgen der Corona-Pandemie noch nicht erholt.

Es ist das ureigene Recht des Gemeinderats, den Haushaltsvorschlag der Verwaltung durch Anträge zu ergänzen. Dabei bewegen sich die diesjährigen Anträge durchaus im Rahmen: beispielsweise erreichen sämtliche Anträge im Kulturbereich, die sich in der zweiten Lesung durchgesetzt haben, nicht einmal die jährlichen Mehrausgaben für das städtische Theater.

Wir haben zusammen mit SPD und Jupi einen vernünftigen Kompromiss für die schulpolitischen Vorhaben am Tuniberg gefunden: Investitionen in den Ganztagsbetrieb und ein Betrag für die Sicherung des Grundstücks für die weiterführende Schule. Wir stellen 750 000 Euro zur Verfügung für die Sanierung der Schultoiletten, die sich vielerorts in einem abschreckenden Zustand befinden, und es gibt Geld für eine zukunftsfähige Unterbringung der Musikschule.

Außerdem stellen wir uns aktuellen Herausforderungen: Wir investieren in Maßnahmen gegen den Fachkräftemangel, in die Wohngeld- und Einbürgerungsbehörde, in die Stärkung von Beratungsangeboten und Post-Corona-Maßnahmen. Und wir unterstützen die Jugendarbeit, Angebote für queere Menschen und die Inklusion an Kitas.

Die Verkehrswende treiben wir weiter voran. Es macht wenig Sinn, noch mehr Mittel für Fuß- und Radwege einzustellen, wenn das Geld aus dem letzten Haushalt noch nicht vollständig verbaut ist. Deshalb setzen wir den Akzent auf Sicherheit – mit weiteren Geschwindigkeitsmessstellen sowie Mitteln für sichere Schulwege.

Wichtig und richtig sind auch Maßnahmen, um mehr Aufenthaltsmöglichkeiten – vor allem auch für junge Menschen und am Abend – zu schaffen. Bei diesem Thema muss sich endlich etwas bewegen. Dazu muss der öffentliche Raum, müssen insbesondere die Parks in Freiburg entsprechend ausgestattet werden.

Glück haben, ist keine nachhaltige Politik

Vor zwei Jahren hatte der Oberbürgermeister den Haushalt nur dadurch ausgleichen können, dass die regelmäßigen Tarifierhöhungen nicht durch den Haushalt abgedeckt wurden.

Die Haushaltslage ist weiterhin schwierig. Luft verschafft hat uns nicht die vom Oberbürgermeister ins Leben gerufene Kommission mit dem schönen Namen „Projektgruppe Impuls für Wandel und Innovation“. Luft verschafft hat uns vielmehr ein unerwarteter Anstieg der Gewerbesteuer sowie – ebenfalls unerwartet – gestiegene Zuweisungen des Landes. Das heißt aber, dass weiterhin verantwortungsvoll mit städtischen Finanzen umgegangen werden muss. Wir erwarten – was sich ja schon andeutet – eine Verschlankung der Ämterstruktur. Da der Prozess der Haushaltskonsolidierung verwaltungsintern offensichtlich an seine Grenzen stößt, halten wir die Einbeziehung externen Sachverständigen für unabdingbar.

Die Hausaufgaben bei Verschlankung der Verwaltungsstruktur und Aufgabenkritik sind also noch nicht erledigt. Gleichzeitig sollte es deutlich schneller vorangehen mit dem Ausbau der Ganztagschulen, der Schulsanierung, beim Neubau bezahlbarer Wohnungen und beim Klimaschutz. Trotz allem bin ich zuversichtlich und denke, dass wir auf dem richtigen Weg sind. Meine Fraktion wird dem Doppelhaushalt 2023/2024 zustimmen.

Vollständige Rede: www.fraktion.gruene-freiburg.de

Eine Stadt für alle

Keine Zustimmung zum Haushalt!

Unser Dank gilt allen, die am vorgelegten Haushaltsentwurf in den letzten Monaten gearbeitet haben, ihn diskutiert und verbessert haben. In weiten Teilen trifft er den Bedarf der Stadt, sichert die zentralen Pflichtaufgaben ab und geht auch darüber hinaus. Und dennoch wird unsere Fraktionsgemeinschaft dem vorgelegten Haushalt heute in dieser Form nicht zustimmen können. Gründe dafür sind im Wesentlichen zwei große Fehlentscheidungen, die wir nicht mittragen können.

Zum einen die Tatsache, dass die Mehrheit des Gemeinderats erneut auf eine leichte Erhöhung der Gewerbesteuer, die nur bezahlt, wer auch ordentlich Gewinne gemacht hat, verzichten wird. Zum anderen die Erhöhung der Kitabeiträge, die hier anstatt der Möglichkeit der Erhöhung der Gewerbesteuer verwendet wird, die allgemeine Haushaltslage zu verbessern. Die Eltern und deren Einkommen werden damit einseitig belastet, obwohl gerade sie von Teuerung und den Folgen der Corona-Pandemie besonders betroffen sind. Vermögen und Gewinne werden auf der anderen Seite geschont.

Die Entscheidung zur Erhöhung der Kitabeiträge fällt aus unserer Sicht heute ohne Not, sie ist nicht alternativlos und bleibt vor allem ohne die Beachtung einer wichtigen bildungspolitischen Grundlage, nach der Kitabildung kostenlos sein sollte – zumindest aber immer weniger kosten müsste, statt teurer zu werden. Dieser Kritik hat sich zuletzt auch noch mal der Paritätische Wohlfahrtsverband in Freiburg angeschlossen.

Gewerbesteuer statt Kitagebühren erhöhen

Es bleibt daher für uns vollkommen unverständlich, dass gerade jetzt die Eltern hergenommen werden, um den Haushalt aufzubessern. Es stellt sich die Frage, warum man nicht stattdessen die 20 bis 30 großen Unternehmen heranzieht, die gut 70 Prozent des gesamten Gewerbesteueraufkommens erbringen und auch in der Krise nachweislich sehr gute Gewinne gemacht haben. Zum Glück gibt es kaum noch Mitglieder des Gemeinderats, die ernsthaft behaupten, eine leicht erhöhte Gewerbesteuer würde kleine Handwerksbetriebe oder die Stammkneipe an der Ecke treffen.

Neben der Erhöhung der Kitagebühren ist der Verzicht auf eine leichte Erhöhung der Gewerbesteuer für uns die zweite zentrale Fehlentscheidung zu diesem Doppelhaushalt, die uns eine Zustimmung unmöglich macht. Die Stadt verzichtet damit auch in diesem Haushalt auf gut 20 Millionen Euro sichere und notwendige Mehreinnahmen zur Aufstellung eines solidarischen Gesamthaushalts.

Die von uns darüber hinaus gestellten Anträge haben wir danach ausgewählt, wo wir der Meinung sind, dass in Freiburg bedarfsgerecht nachgesteuert werden muss, und wir haben versucht, die Krisenfolgen aus Pandemie und Ukraine-Krieg abzumildern. Im Kulturbereich haben wir mit erfolgreichen Anträgen für eine strukturelle Stärkung gesorgt. Auch die Integrationsarbeit mit geflüchteten Menschen werden wir verbessern. Aber viele soziale Notlagen verschärfen sich leider weiterhin.

Sozialberatungsstellen in Stadtteilen mit viel prekärer Wohnbevölkerung wären dringend nötig. Das wird die Mehrheit des Gemeinderats jedoch verweigern. Die Bildungsbenachteiligung von Kindern und Jugendlichen in diesen Stadtteilen hat nicht ab-, sondern zugenommen. Eine gute Bildungsbegleitung und mehr Schulsozialarbeit könnten dem entgegenwirken. Auch für unsere Anträge aus diesen Bereichen gab es keine Mehrheiten. Ein Lichtblick bleibt die von uns erfolgreich beantragte Umsetzung einer unabhängigen Konfliktberatungsstelle beim Jobcenter (Ombudsstelle).

Froh sind wir darüber, dass es uns gelungen ist, die Beratungsstellen gegen Gewalt und sexualisierte Gewalt an Frauen und Kindern und auch die Täterarbeit mit diesem Haushalt besser aufzustellen. Dass nun auch die Gewaltprävention als ein Schwerpunkt der Istanbul-Konvention mit einer 50-Prozent-Stelle strukturiert weiterverfolgt werden kann, verbuchen wir als großen Erfolg. Warum wirksame Öffentlichkeitsarbeit dafür nicht finanziell ausgestattet wird, wie von uns beantragt, ist jedoch völlig absurd. Immerhin ist Ihnen die „Augen auf“-Kampagne zur Sauberkeit in der Stadt 200 000 Euro wert!

Jetzt ist Freiburgs Einnahmesituation zum Glück nicht einmal die allerschlechteste. Mit jeder aktuellen Mitteilung von der Bürgermeisterbank wurde verkündet, dass es entweder noch mehr Einnahmen aus der Gewerbesteuer gab oder sich die Zuweisungen von Land und Bund verbessert hätten. Klar ist das ein Grund zur Freude, weil wir dann Geld für wichtige Projekte in die Hand nehmen können. Aber das ist nur die eine Seite der Medaille. Die andere Seite ist, dass aufgrund der Schwankungen eine verlässliche Planung kaum möglich ist.

Die Kämmerei kann davon ein Lied singen. Wenn zum Beispiel der Bundesfinanzminister weiter sparen will und die Bundesbauministerin nicht mehr Geld für Wohnungsbau geben will, ja was passiert dann? Dann erfüllen sich sehr wahrscheinlich die Mahnungen der Wohnbauverbände, Bauvereine und Genossenschaften. Eine ganze Branche kann so vor die Hunde gehen, aber was soll's, Hauptsache die schwarze Null steht. Und wir als Kommunen haben dann kaum eine andere Wahl, als die Bautätigkeiten für dringend benötigten Wohnraum einzuschränken. Was dann aus Kleineschholz und Dietenbach wird, ist ungewiss.

Sehr geehrter Oberbürgermeister, bringen sie mit uns zusammen eine Reform der kommunalen Finanzen auf den Weg. Die Finanzierung der Kommunen muss auf neue Füße gestellt werden, damit wir Freiburg gut, verlässlich und mit mehr planerischer Sicherheit auf die Zukunft vorbereiten können. Ein Zwischenschritt ist hier die Erhöhung der Gewerbesteuer. Dabei unterstützen wir Sie sehr gern, nicht aber bei der Erhöhung der Kitagebühren! (Lina Wiemer-Cialowicz / Gregor Mohlberg)

Vollständige Rede: www.eine-stadt-fuer-alle.de

SPD/Kulturliste

Sozialer Zusammenhalt

Wir stehen inmitten von Krisen wie Krieg, Klimakatastrophe, Pandemiefolgen, Inflation und fortschreitender Spaltung der Gesellschaft. Diese Herausforderungen sind miteinander verbunden und verstärken sich gegenseitig. Umso wichtiger ist, dass der soziale Zusammenhalt, der gerade in Krisenzeiten so gefährdet ist, auf kommunaler Ebene gestärkt wird. Die SPD/Kulturliste hat es sich zum Auftrag gemacht, in besonderer Weise der Situation der einkommensschwachen Teile der Bevölkerung gerecht zu werden. Denn sie sind es, die keine Lobby haben und deren Stimmen zu selten gehört werden.

120 Millionen für bezahlbaren Wohnraum

Gut, dass mit 120 Millionen Euro im Bereich „Wohnungspolitik“ ein klarer Schwerpunkt des Haushalts liegt, auch um die akute Wohnungsnot zu bekämpfen. Wir investieren massiv in die Freiburger Stadtbau, behalten städtische Grundstücke und setzen mit Kleineschholz und Dietenbach gleich zwei neue Stadtteile aufs Gleis. Damit tun wir aktiv etwas für das Gemeinwohl und dauerhaft bezahlbaren Mietwohnraum.

Ein weiterer Schwerpunkt ist – mit 72 Millionen Euro – der Kampf gegen die Klimakrise: für das Klima- und Artenschutzmanifest, für eine bessere Fuß- und Radinfrastruktur und allein 24 Millionen für die Klimaschutzoffensive. Hier stärken wir den Zusammenhalt, indem wir in unsere Zukunft auf diesem Planeten und in unserer Stadt investieren.

Wir freuen uns auch, dass viele unserer Anträge bereits in der zweiten Lesung eine Mehrheit bekommen haben: Der Zuschuss an das Diakonische Werk zur Unterstützung von Projekten für Menschen, die von Obdachlosigkeit bedroht sind, die Fortführung des Programms „Schulschwimmen“ und höhere Zuschüsse für das Frauen- und Mädchen-Gesundheitszentrum, für Wendepunkt und das Jugendhilfswerk tragen dazu bei, den Zusammenhalt zu stärken.

Bei aller Zuversicht bereitet uns der immer größer werdende Anteil an Pflichtaufgaben Sorgen, da der Entscheidungsspielraum für uns Stadträte immer kleiner wird. Bund und Land scheinen hier offensichtlich den Kopf in den Sand zu stecken, da aktuell keine Unterstützung in Sicht ist. Am Beispiel der Kitagebühren wird dieses Problem greifbar. Der Bruttoaufwand für Kitas in Freiburg ist in den letzten Jahren um 33 auf 317 Millionen Euro gestiegen. Um dem Rechtsanspruch auf einen Kitaplatz gerecht zu werden, die Qualität hochzuhalten und unsere ErzieherInnen besser bezahlen zu können, müssen nun – zum Leid der Familien – die Elternbeiträge steigen. Wir sind froh, dass mit der zusätzlichen Stufe immerhin mehr als die Hälfte der Eltern weniger oder gar keine Gebühren bezahlen. Trotzdem muss das Land – wie in 14 anderen Bundesländern auch – Verantwortung übernehmen. Gemeinsam mit dem Oberbürgermeister, dem Städtetag und dem Gesamtelternbeirat wollen wir uns dafür einsetzen, dass diese familienfeindliche Landespolitik endlich ein Ende hat. Die Kommunen dürfen bei diesen wichtigen Aufgaben nicht im Regen stehen gelassen werden.

Trotz dieser Herausforderungen können wir dem Haushalt insgesamt zustimmen, da er für viele wichtige Projekte unabdingbar ist. Er bildet jede_n Zuschussempfänger_in ab, jede Fachkraft im Wohnheim, in der Kita, in der Wohngeldbehörde, Vereine und viele andere Projekte, für die jede_r Einzelne mit unterschiedlichen Schwerpunkten gekämpft hat. Vor allem stimmen wir diesem Haushalt aber zu, weil er den sozialen Zusammenhalt stärkt. Mit massiven Investitionen für mehr bezahlbaren Wohnraum, in unser Stadtklima und für die vielen Vereine und Initiativen, die sich um die Menschen kümmern, die keine Lobby haben. (Julia Söhne)

Kulturstadt mit Erfolg, aber...

Es gibt nichts daran zu rütteln, der Doppelhaushalt 2023/24 ist ein Erfolg für die Kulturstadt Freiburg. Die Stadtverwaltung setzte wie versprochen die Dynamisierung der Zuschüsse wieder ein. Für einen Ausgleich der Inflationsrate reichten die Erhöhungen jedoch nicht. Um ordentliche Zuschusserhöhungen mussten sich wieder die Stadträte_innen kümmern. Von 45 Anträgen, die wir als Fraktion oder als Kulturliste alleine gestellt haben, sind 28 positiv entschieden worden. Nicht immer in beantragter Höhe, aber das Ergebnis ist ein großer Gewinn für die kulturelle Entwicklung unserer Stadt. Gleich elf Neuanträge waren erfolgreich: Cordiale, DELPHI, Easy Street, Kreativpioniere im Schildacker, Klassenzimmertheater, PAKT e.V., Junior Jazzchor und Open Art (u. a.). Erstmals wurde mit dem SHIBUI-Kollektiv eine Tanzcompany in die institutionelle Förderung erhoben. Dies zeigt, dass die Kunst und Kultur der Stadt in ständiger Bewegung ist.

Viele weitere Kulturanträge haben wir gerne unterstützt. Junge Kulturprojekte wie die Kulturstraßenbahn, der CSD, das queere Jugendzentrum sowie die Ravefläche erhalten eine Finanzierung.

Doch was ist mit der Marke Kunst- und Kulturstadt? Ist das wirklich auch eine städtische Zielsetzung? Was ist mit den Festivals und dem Freiburger Kultursommer? Wie viel Kultur spielt beim neuen Stadtteil Dietenbach eine Rolle? Wie kommt Kultur in den mächtigen Leerstand der Innenstadt? Was ist mit den sogenannten Schlüsselimmobilien und deren kultureller Nutzung? Wo ist das Probehaus für die Bands, und wann gibt es Ausstellungshonorare für Künstler_innen wie in Berlin oder Stuttgart? Also ein weiter Weg nach „Culture City“, der sich aber lohnt!!! (Atai Keller)

Vollständige Rede: www.spd-kulturliste.de

Zustimmung – unter klarer Bedingung

Kostenexplosion, steigende Zinsen, Krieg und Inflationen vergrößern auch die Herausforderungen in Freiburg. Über den Sanierungsstau, bezahlbares Wohnen oder Klimaanpassungen hinaus hat der Gemeinderat zusätzlich viele Extrawünsche. Dabei müssen wir angesichts der hohen Finanzbelastung deutlich priorisieren und uns fragen: Was sind unsere Pflicht- und was unsere freiwilligen Aufgaben?

Die Mehrheit der Gesellschaft mitnehmen

Um diese Herausforderungen zu bewältigen, brauchen wir finanzielle Handlungsmöglichkeiten. Daher bleiben wir unserer Linie treu: hohe Standards für viele statt einzelner Leuchttürme für wenige. Zudem möchten wir den gesellschaftlichen Zusammenhalt stärken. Gerade nach der Pandemie ist es umso wichtiger, dass wir in den Blick nehmen, was uns verbindet. Immer mit dem Willen, die Mehrheit der Gesellschaft mitzunehmen und niemanden im Unverständnis zurückzulassen. Mit guten Absichten ein hohes Tempo zu forcieren, wie es zum Teil die Grünen tun, erhöht nicht nur die Unfallgefahr, sondern droht auch viele, gerade einkommensschwache Teile unserer Gesellschaft zurückzulassen. Das kann nicht unser Ziel sein. Ob wir die großen Herausforderungen meistern, hängt vor allem davon ab, dass eine große Mehrheit der Bevölkerung mitträgt, was die Politik entscheidet. Nur gemeinsam werden wir nachhaltige Lösungen dauerhaft umsetzen können. Daher haben wir uns entschieden, in diesem Haushalt gerade in die Bereiche zu „investieren“, die Menschen zusammenbringen. Mit unseren Anträgen haben wir auf eine Stärkung kultureller Einrichtungen gesetzt, den Sport unterstützt und gemeinsam mit der Freiwilligen Feuerwehr für ein neues Gerätehaus in Kappel gekämpft.

Flexibilität – kreativ und ideologiefrei

Unser Ziel müssen nicht superlative, finanzstarke Einzellösungen sein, sondern kluge Konzepte mit nachvollziehbaren Standards. Im Kampf um bezahlbaren Wohnraum erwarten wir etwa eine ideologiefreie Flexibilität, die viele Stellschrauben offenhält. Die Themen Verkauf oder Erbpacht, energetische Standards oder die Höhe der Eigentumsquote müssen wir offen abwägen. Wir dürfen den Bogen nicht überspannen. Das bedeutet gezielte, maßvolle Investitionen ins Wohnen und Bauen. Je sparsamer einzelne Projekte umgesetzt werden, desto schneller können wir Neues beginnen und auch den Sanierungsstau angehen. Wir wollen insbesondere Projekte fördern, die pro Euro am meisten CO₂ einsparen und zugleich einen Zusatznutzen erreichen. Also Klimaschutz + Kultur, Klimaschutz + Soziales oder Klimaschutz + Sport. Damit zahlt sich jeder Euro doppelt aus.

Mit Weitsicht gegen Kurzsichtigkeit

Um unseren Anliegen und den Bürger:innen gerecht zu werden, benötigen wir finanziell einen flexiblen Ansatz, der über einzelne Projekte hinausdenkt. Es geht uns um eine weitsichtige Planung und einen soliden, nachhaltigen Haushalt.

Der Zahlungsmittelüberschuss liegt nur noch bei rund 23 Millionen Euro (2023) und rund 20 Millionen Euro (2024), weit weg von den anvisierten 50 Millionen Euro pro Jahr. Die hohe Investitionssumme von insgesamt 243 Millionen Euro kann daher nur durch Nettokreditermächtigungen sowie Kassenentnahmen finanziert werden. Die Schulden der Stadt werden sich von 141 Millionen Euro (2015) auf 379 Millionen Euro (2024) steigern. Allein unter Oberbürgermeister Horn haben sich die Schulden verdoppelt. Das ist ein gefährlicher und kurzsichtiger Trend – wider besseres Wissen. Von „priorisieren, optimieren, sparen“ kann bei Rekordinvestitionen in Höhe von 243 Millionen Euro keine Rede sein. Dazu kommen Langzeitkosten wie Dietenbach, Kleineschholz, Sanierungsstau, Tarifsteigerungen oder auch die B3-Umfahrung. All das sind Herausforderungen, die unsere finanziellen Spielräume auf Jahre und Jahrzehnte einengen.

Zustimmung – unter klarer Bedingung

Wir werden dem Doppelhaushalt 2023/2024 dennoch zustimmen. Nicht weil wir restlos überzeugt sind von der Prioritätensetzung der Stadtverwaltung. Doch tragen wir die Projekte mit, die wir eingebracht und unterstützt haben: der Stadtteil Dietenbach, das Rettungszentrum, das Westbad und vieles mehr.

Allerdings verbinden wir unsere Zustimmung mit einer klaren Bedingung und Forderung an den kommenden Haushalt: Wir brauchen endlich eine glaubwürdige Strategie zur Eindämmung der Neuverschuldung, die der Oberbürgermeister vor Jahren versprochen hat. Wir dürfen unsere Handlungsfähigkeit nicht verlieren.

Der CDU-Masterplan war eine solche finanzpolitische Strategie, die städtische Schulden dezimiert und das Sanierungsvolumen erhöht hat. Der finanzpolitische Erfolg basierte auf einer klaren Leitlinie, an der sich die Politik der Stadt orientieren konnte, an der Entscheidungen gemessen wurden und die der Gemeinderat fast konsensual trug.

Wir müssen uns gemeinsam den schwierigen Herausforderungen unserer Zeit stellen und diese auch in finanziell nachhaltiger Weise angehen, um auch für morgen noch ausreichend Spielräume für die sicher nicht nachlassenden Herausforderungen zu erhalten. (Dr. Carolin Jenkner, Fraktionsvorsitzende)

Vollständige Rede: www.cdu-fraktion-freiburg.de

Jupi

Auf dem Weg zur sozial-ökologischen Großstadt

Die Jupi-Fraktion wird dem städtischen Haushalt für die Jahre 2023 und 2024 zustimmen.

Unser Anspruch ist es immer gewesen, ein Treiber der Entwicklung Freiburgs hin zu einer klimaneutralen und sozialen Großstadt zu sein, die durch eine weltoffene und engagierte Zivilgesellschaft mit Leben gefüllt wird. Aus diesem Zielbild heraus leiten sich die Schwerpunkte unserer politischen Arbeit in den letzten Jahren ab und finden sich auch in diesem Haushalt wieder.

Die Themen bezahlbares Wohnen und Klimaneutralität sind diesbezüglich die großen kommunalpolitischen Themen unserer Dekade.

Zum Thema Klimaschutz haben wir bereits Monate vor der Einbringung des Doppelhaushalts einen Quantensprung geschafft.

Mit der Reform des Klimaschutzfonds haben wir nicht nur auf Jahre hinaus ein verlässliches Mindestbudget zur Umsetzung von Klimaschutzmaßnahmen errungen, sondern auch einen skalierbaren Mechanismus etabliert, der den Wettbewerb um die besten Ideen innerhalb der gesamten Stadt fördert und die Vergabe von Finanzmitteln an wissenschaftliche Evidenzen knüpft.

Damit haben wir einen Standard gesetzt, der als Leitlinie auf dem Weg zur Klimaneutralität wirkt und die parteipolitische Debatte rund um das Riesenthema Klimaschutz jetzt schon spürbar versachlicht.

Auch im Bereich der Schaffung von bezahlbarem Wohnraum befinden wir uns, im Rahmen unserer kommunalen Möglichkeiten, auf dem richtigen Weg.

Die Entscheidungen zur 50-Prozent-Quote für geförderten Mietwohnungsbau in Freiburg und der Verkaufsstopp von städtischen Grundstücken zur temporären Aufpolierung des Haushalts sind und bleiben zwei politische Meilensteine einer endlich sozialeren Wohnungspolitik in Freiburg. Dazu gehört aber natürlich auch, dass der städtische Haushalt die Freiburger Stadtbau weiterhin finanziell unterstützen muss, um die Wohnungsnot dort gezielt zu lindern, wo sie die Menschen in unserer Stadt am härtesten trifft. Denn es ist eben nicht so, dass jeder entstehende Wohnraum per se gemeinwohlorientiert ist. Auf die Bezahlbarkeit kommt es an, und die entsteht unter den aktuellen Bedingungen auf dem freien Markt schlichtweg zu wenig.

Gerade weil die Themen Klimaschutz und bezahlbares Wohnen von so elementarer Bedeutung sind, braucht es für beide Themen auch die Ehrlichkeit in der Debatte, dass wir in den letzten vier Jahren zwar viel Richtiges beschlossen haben, dass alles aber wenig bringt, wenn nicht jede politische Ebene sich unseren Anstrengungen anschließt.

Umso wichtiger ist es darum, dass wir in diesem Haushalt auch Anträge gestellt haben, die vielen Freiburger*innen in prekären sozialen Situationen direkt helfen werden.

Insbesondere der Ausbau von Frauenhausplätzen und der Haushaltsantrag zur Umsetzung der Istanbul-Konvention waren für uns wichtige Anliegen, denn in diesem Bereich ist in Freiburg lange leider deutlich zu wenig passiert.

Mit unseren Anträgen zum Thema Barrierefreiheit und auch mit unserem Aufschlag zu einem möglichen queeren Zentrum verstärken wir unser Engagement, Freiburg zu einer inklusiveren und offeneren Stadt zu machen.

Ganz besonders freuen wir uns außerdem, dass auch unsere Anträge für die attraktivere Gestaltung von verschiedenen öffentlichen Plätzen in Freiburg Mehrheiten gefunden haben, auch wenn es uns verwundert, wie kontrovers dies zu sein scheint.

Während der Pandemie haben alle möglichen Politiker*innen stets versprochen, dass die beeindruckende Solidarität junger Menschen irgendwann belohnt werden wird. Aber in der Stadt Freiburg wird weiterhin meist dann über Jugendliche und junge Menschen gesprochen, wenn sie zu laut, zu teuer oder zu betreuen sind. Gerade die Konflikte um das Thema Lärm in unserer Stadt löst man in unseren Augen aber nicht durch eine reine Verhinderungs- und Problemverschiebungspolitik. Genau hier setzt unser Programm an und ermöglicht durch die Umsetzung von Maßnahmen, wie die Verbesserung der Beleuchtungssituation in Parks, die Öffnung öffentlicher Toiletten oder das Schaffen von Stromanschlüssen zur Vereinfachung von kulturellen Veranstaltungen, mehr Möglichkeiten den öffentlichen Raum zu nutzen, ohne dabei Wut und Unverständnis auf sich zu ziehen.

Auch wenn wir nicht mit jedem einzelnen Beschluss der letzten zwei Jahre einverstanden sind, sehen wir, dass sich die Stadt trotz der Coronapandemie und den kommunalen Auswirkungen des russischen Angriffskriegs auf unsere ukrainischen Freund*innen dank unseres Einsatzes politisch in die richtige Richtung bewegt, und stimmen dem Haushalt als Gesamtvorlage gerne zu.

Vollständige Rede: www.jupi-freiburg.de

FDP/Bürger für Freiburg

Problem ist, was nicht im Haushalt steht

Dieser Haushalt ist wie das Kaninchen vor der Schlange. Gelähmt und hilflos im Angesicht der Gefahr blicken Verwaltung und Gemeinderat auf die lahrende Wirtschaft, den Fachkräftemangel oder die rasant steigenden Zinsen.

Die Herausforderungen kommen von außen. Den Spielraum, darauf zu reagieren, haben wir uns durch falsche Entscheidungen selbst genommen.

Der Kernhaushalt ist längst entkernt. Die wichtigen Entscheidungen wurden im Vorfeld getroffen. Bei den städtischen Beteiligungen und Eigenbetrieben sind die Umsätze weit höher als im Kernhaushalt: doppelt so hohe Investitionen, etwa viermal so hohe Schulden.

FSB, VAG, FWTM: Sie alle erhalten auf der Intensivstation für defizitäre Unternehmen die finanziellen Transfusionen, die sie brauchen, um nicht den Insolvenztod zu sterben. Eine Heilung ist nicht in Sicht, denn von Tag zu Tag brauchen sie mehr. Der Oberbürgermeister versucht hier die dichterische Umdeutung von Schulden in Mehrwert, zum Beispiel bei der „Stärkung“ der FSB. Aber Defizite zu produzieren, um sie mit neuen Schulden aus dem Haushalt zu stopfen, ist keine Stärkung. Die Finanzmathematik kennt hier keine Poesie. Notwendig wären strukturelle Reformen. Das FSB-2030-Programm gehört auf den Prüfstand. Die Tarifstruktur des VAG muss angepasst werden. Die FWTM muss eine echte Aufgabenkritik durchführen, statt inhaltsarme Strategiepapiere zu generieren.

Der PIWI-Prozess sollte jeden Stein umdrehen, um strukturelle Defizite anzugehen. Doch gute Ideen verpuffen in der heißen Luft der politischen Nörgelei. Was bleibt, sind kleine Trippelschritte, die aber nur der Anfang eines viel umfassenderen Prozesses sein können.

Freiburg braucht einen Ruck. Auch in unserem Haus sitzt ein Teil der Bewegung, die den weltweiten Vertrauensverlust in Rechtsstaat und Demokratie befördert. Damit sie in der ihr gebührenden Bedeutungslosigkeit bleibt, dürfen wir keine heile Welt vorgaukeln. Allzu oft wird versucht, mit neuen Förderprogrammen oder gesetzlichen Regelungen staatliche Omnipotenz zum Nulltarif zu suggerieren. Sozialistische Fantasien und grüner Etatismus übersehen, dass es nicht der Staat, sondern die Menschen selbst sind, die diese Herausforderungen bewältigen müssen.

Und davon gibt es viele.

Wir wollen Klimakrise, Verkehrswende und Digitalisierung meistern, scheitern aber an der Umsetzung von Windrädern, Ladesäulen und Schulausstattung. Dabei sind gerade die Berufsschulen in einem teilweise erbärmlichen baulichen Zustand und haben einen gigantischen Sanierungsstau.

Die Digitalisierung hat bei uns bereits einen hohen Stellenwert und kommt dennoch zu langsam voran. Die Welt rund um Freiburg wird durch neue KI-Tools revolutioniert. Wir sollten ChatGPT fragen, wie man einen digitalen Bauantrag oder Führerscheinantrag gestaltet.

Neben den bürokratischen Hürden gibt es auch kein billiges Geld mehr. Die Bauwirtschaft spürt die Folgen bereits, sie implodiert förmlich. Wenn wir Dietenbach oder Kleineschholz realisieren wollen, müssen wir sehr schnell flexibler werden. Starre Erbbaugrundsätze oder Bauvorschriften können wir uns nicht mehr leisten. Und bei zu erwartenden Kostenmieten von über 20 Euro pro Quadratmeter im Neubau wird das kein bezahlbarer Wohnraum.

Schließlich müssen wir eine Balance wiederfinden, die zuletzt ins Wanken geraten ist. Um unsere Herausforderungen zu meistern, müssen wir alle mitnehmen, statt einzelne Gruppen gegeneinander auszuspielen. Wer etwa Autofahrende willkürlich zur Kasse bittet, verkennt das legitime Bedürfnis nach individueller Mobilität. Einseitiges Handeln spaltet die Gesellschaft und schwächt den Rückhalt für den Klimaschutz.

Wir sehen in diesem Haushalt, dass aus Fehlern gelernt wurde. Statt mit Volldampf gegen die Wand ist dies ein Haushalt im Leerlauf. Bei Personal und Umstrukturierung sehen wir Bemühungen, wenn auch in homöopathischen Dosen. Trotz aller Kritik stimmt unsere Fraktion dem Haushalt zu, aber ohne Leidenschaft und Wohlwollen. Wir können nur mahnen, die strukturellen Probleme endlich anzugehen, in der Hoffnung, dass der nächste Stadtrat es besser macht und neuen Schwung bringt.

Hinweis: Dieser Text ist eine gekürzte Fassung. Die vollständige Rede finden Sie auf der Homepage unserer Fraktion www.fdp-bff.de, unseren Social-Media-Kanälen, auf YouTube und im Podcast „Vier Minuten Freiburg“

Freie Wähler

Nein zum Doppelhaushalt 2023 / 2024

In seinem Vorwort zur Einbringung des Doppelhaushalts 2021/2022 schrieb Oberbürgermeister Horn:

„Ein zweites Mal ist ein Haushalt mit dieser Schuldenaufnahme und Kassenentnahme nicht verantwortbar.“

Wie eben erwähnt: Das OB-Zitat stammt aus der Einbringungsrede für den letzten Doppelhaushalt, der eine neue Verschuldung von zweimal 45 Millionen Euro und Kassenentnahmen in Höhe von circa 60 Millionen Euro vorsah.

Natürlich verkennen die Freien Wähler nicht, dass sich in der Zwischenzeit auf der Weltbühne gravierende Veränderungen ergeben haben. Aber dennoch sei darauf hingewiesen, dass der zum Beschluss vorgelegte Doppelhaushalt erneut eine Neuverschuldung von zweimal 40 Millionen Euro sowie Kassenentnahmen von insgesamt 66 Millionen Euro vorsieht. Hinzu kommen Ausgaben in Höhe von über 21 Millionen Euro, die in das Jahr 2022 verschoben wurden, obwohl dies nach den Grundsätzen einer ordentlichen Buchführung nicht rechtmäßig ist. Außerdem wird das Eigenkapital unserer städtischen Gesellschaften aufgezehrt. Wir reden folglich über eine strukturelle Unterdeckung des Doppelhaushalts von circa 170 Millionen Euro.

Wie meine Fraktion bereits mehrfach ausgeführt hat, könnte man diese Rahmenbedingungen des Doppelhaushalts möglicherweise noch akzeptieren, wenn auch nur andeutungsweise absehbar wäre, dass sich die Bürgermeisterbank, aber auch eine Mehrheit des Freiburger Gemeinderats auf den Weg machen würde mit Entschlossenheit dem strukturellen Defizit des Freiburger Haushaltes eine kraftvolle Antwort entgegenzusetzen.

Den Entscheidungsträgern fehlen schlichtweg der Mut sowie Tatkraft, unangenehme Themen zu benennen und insoweit Veränderungen einzuleiten. Ohne diesen Mut wird jedoch keine einzige Restrukturierungsmaßnahme umgesetzt werden.

Die Stadt Freiburg, und hiermit meine ich die Bürgermeisterbank und die Mehrheit des Gemeinderats, hat ohne Not eine sogenannte Neustrukturierung der Freiburger Stadtbau beschlossen, die den städtischen Haushalt schlussendlich mindestens 150 Millionen Euro kosten wird.

Unsere Fraktion hätte daher schon erwartet, dass der Oberbürgermeister zumindest die Finanzierbarkeit dieses Beschlusses thematisieren und erklären würde, was die Aufwendung der bereits genannten 150 Millionen Euro rechtfertigt, ohne dass im Endeffekt eine einzige Wohnung mehr entstehen wird.

Hier muss ausdrücklich hervorgehoben werden, dass das Regierungspräsidium bei der Genehmigung des letzten Haushalts darauf hingewiesen hat, dass der Stadtbau-Beschluss unter dem erheblichen Vorbehalt der Finanzierbarkeit steht. Dies zu einem Zeitpunkt, als noch davon auszugehen war, dass der jetzt vorgelegte Haushalt nicht erneut mit einer Rekordverschuldung endet.

Noch 2018 sagte der Oberbürgermeister in einem Interview, dass er die damals geplante Erhöhung der Kitagebühren für sozial fragwürdig und nicht vertretbar hält.

Genau diese Einschätzung begründet auch unsere ablehnende Haltung gegenüber der jetzt geplanten Erhöhung der Kitagebühren. Die Freiburgerinnen und Freiburger werden bereits über alle Maßen belastet. Die hohe Inflation, aber auch die massiv gestiegenen Lebenshaltungskosten seien nur beispielhaft genannt.

Freiburg steht vor enormen Herausforderungen, für die es eines soliden und ohne erneuter Rekordverschuldung vorgelegten Doppelhaushalts bedurft hätte.

Von all dem ist bei dem vorliegenden Doppelhaushalt nichts zu finden. Im Gegenteil: Freiburg steuert einer Gesamtverschuldung von zwei Milliarden Euro entgegen. Selbstredend, dass die Fraktion der Freien Wähler einem solchen Finanzgebaren nicht zustimmen kann. Wir lehnen den Doppelhaushalt 2023/2024 ab.

Vollständige Rede: www.fraktion-freie-waehler.de

Pleite mit Ansage

Freiburg zukunftssicher machen sollte unser Credo sein. Wenn man den Haushalt daran messen möchte, dann versagen Sie auf ganzer Linie. Zukunft fängt bei unseren Kindern an. Was tun wir für diese? Der Sanierungsstau in Schulen ist enorm, die Schaffung von Schulplätzen ins Stocken geraten, die notwendige Erweiterung des Berthold-Gymnasiums auf den Sankt-Nimmerleins-Tag verschoben, ebenso wie die weiterführende Schule am Tuniberg. Kitagebühren sollen stattdessen deutlich teurer werden. Das sind die Kitas, mit denen Sie Geld sparen wollen, indem Sie Kinder zwingen, vegetarisch zu essen. Für alles andere, schöne Fahrradwege, linke Politprojekte, migrantische Tanzgruppen ist Geld da.

In Ihrer Haushaltsrede vom Dezember kommt das Thema Bildung bezeichnenderweise auch erst an vierter und letzter Stelle. Allerdings sprechen Sie die unverschämte Gebührenerhöhung fairerweise an. Sie sagen, dass die Elternschaft beteiligt werden müsse und dass der überwiegende Teil der Kostensteigerung von „der Stadt“ getragen werde. Falscher geht es nicht. Hier wird nichts von „der Stadt“ bezahlt. Das sind alles Steuergelder. Steuern von den Bürgern, die nicht vom Staat oder „der Stadt“ leben. Von denen, die jeden Morgen in ihre Betriebe gehen und noch Werte schaffen. Diesen Menschen und ihren Kindern sollte der Gemeinderat etwas zurückgeben.

Stattdessen arbeitet er sich aber lieber an seinem Lieblingsthema, dem Klima, ab. Unglaubliche 120 Millionen wollen Sie bis 2028 verpulvern. Für Elektrobusse, doppelt so teuer wie herkömmliche, sollen 26 Millionen Euro ausgegeben werden. Das nennt sich dann Verkehrswende. Nun, die AfD hätte einen Teil dieser Gelder anders investiert. Die AfD hatte Spar- und Einnahmenvorschläge in Höhe von 67 Millionen Euro gemacht. Von diesen sollte ein Großteil in Bildung, Sport und Sicherheit fließen. Wir hatten mehr vorgesehen für die Bürgervereine, für Hocks, für die Feuerwehr, für den kommunalen Ordnungsdienst.

Wenden wir uns einem anderen Thema zu, dem Wohnen. Hier ist der Ansatz im Großen und Ganzen gut, die Freiburger Stadtbau wird richtigerweise unterstützt. Aber auch hier wird die Realität ausgeblendet. In einem Land, in das seit 2013 jedes Jahr deutlich mehr als eine Million Menschen strömen; in einem Land, in dem knapp 300-tausend Ausreisepflichtige nicht abgeschoben werden, Tendenz steigend; in einem Land, in dem gleichzeitig weniger als 300-tausend Wohnungen jährlich gebaut werden, Tendenz fallend, ist jede noch so gut gemeinte Baupolitik zum Scheitern verurteilt. Enorme Baukostensteigerungen kommen hinzu, getrieben auch von Bauvorschriften zur Energieeffizienz. Der grüne Wärmepumpenwahnsinn kommt demnächst noch dazu. In diesem Umfeld nun versuchen Sie sich an Dietenbach und Kleineschholz, beide Projekte klimaideologisch überfrachtet, das Erbbaukonzept zum Scheitern verurteilt, Dietenbach völlig überdimensioniert. Auch hier werden keine bezahlbaren Wohnungen entstehen, wenn überhaupt welche gebaut werden.

Sehr geehrter Herr Horn, Ihr Aufprall in der Realität wird brutal sein. Der Weg in die Haushaltssperre ist mit diesem Haushalt vorgezeichnet.

Vollständige Rede: <https://afd-stadtrat-freiburg.de>

Freiburg Lebenswert

Freiburg Lebenswert lehnt den Haushalt ab

Die vielen geplanten Baugebiete beanspruchen überdies personelle Ressourcen, die uns an anderer Stelle fehlen: Bei der Erstellung von Bebauungsplänen, um Betonmonstern wie am Kapellenweg einen Riegel vorzuschieben. Bei der Aufstellung von Erhaltungs- und Gestaltungssatzungen, um Abrisse wie die des Gründerzeitbaus in der Habsburgerstraße 91 zu verhindern. Beim Aufspüren und Sanktionieren der massiven Leerstände von Gebäuden und Wohnungen.

Bevor man ständig neue Leute nach Freiburg lockt, sollte man sich doch erst mal darum kümmern, dass die Probleme vor Ort gelöst sind. Wir brauchen Wärmenetze für vorhandene Stadtteile statt für neue Baugebiete. Wir brauchen Kitas und Erzieherinnen sowie Schulen für die Schüler, die bereits in Freiburg leben. In diesem Zusammenhang ist es richtig, dass wir mit diesem Haushalt mehrere Schulen erweitern wollen, aber völlig irrig, dass wir mit dem Lycée Turenne eine Schule haben, bei der ein ganzer Flügel sanierungsbedingt seit dreißig Jahren leer steht, weil Stadt und Gemeinderat andere Prioritäten setzen.

Eine Erhöhung der Kitagebühren zum jetzigen Zeitpunkt lehnt FL übrigens ab. Auch wenn mit der geplanten Neuregelung mehr Familien von ermäßigten Tarifen profitieren und nur noch 48 Prozent der Eltern den Regelbeitrag zahlen würden. Momentan wäre dies aufgrund fehlender Erzieherinnen und dem ungewissen Regelbetrieb, der die Eltern oft zu kurzfristiger Ersatzbetreuung zwingt, ein völlig falsches Zeichen.

In anderen Städten wäre man froh, man hätte Initiativen wie Bauernhoftiere für Stadtkinder im Obergrün in Betzenhausen, den Kunzenhof in Littenweiler, den Junghof in Kappel, die Gärtnerei Initiative und den Ziegenwiese-Verein in Zähringen oder das Netzwerk Dietenbachwald im Rieselfeld. Sie alle versuchen, Grün in der Stadt zu halten und mit viel ehrenamtlichem Engagement Kindern und Jugendlichen, Kindergartengruppen und Schulklassen, Natur und Tiere nahe zu bringen. Und was macht die Stadt? Sie rückt ihnen mit Wohnbebauung auf die Pelle, versucht andere Flächennutzungen durchzudrücken oder kürzt ihnen die ohnehin schon spärlichen Unterstützungsgelder. Dem Kunzenhof und dem Junghof soll ihre Unterstützung von 20 000 Euro bzw. 10 000 Euro auf jeweils die Hälfte gekürzt werden. 15 000 Euro Einsparung bei zwei gemeinnützigen Initiativen, während in Kleineschholz über 70 000 Euro für jede der 500 Wohnungen zugeschossen werden sollen. Das ist einfach nur peinlich und schäbig!

Vollständige Rede: www.freiburg-lebenswert.de

„Letzter Mosaikstein für die Drogenhilfe“

Stadt will Drogenkonsumraum am Colombipark einrichten – Entscheidung fällt der Gemeinderat

Ähnlich wie Karlsruhe möchte auch Freiburg einen Drogenkonsumraum einrichten – für erwachsene Suchtkranke, die dort unter hygienischen Bedingungen selbst mitgebrachte Drogen konsumieren können. Eröffnen könnte der Raum Anfang 2024 im bereits bestehenden Kontaktladen für Drogenabhängige in der Rosastraße.

„Es war ein langer Weg“, erklärte Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach auf einer gemeinsamen Pressekonferenz mit Polizei und Arbeiterwohlfahrt (AWO). In der landesweiten Statistik der Drogentoten steht Freiburg, das mit 230 000 Einwohnern deutlich kleiner als Karlsruhe oder Mannheim ist, regelmäßig auf Platz zwei, gleich hinter Stuttgart. Im Durchschnitt kommen hier jedes Jahr etwa zehn Menschen durch oder mit Drogenkonsum ums Leben. „Wir sehen einen hohen Handlungsbedarf“, so von Kirchbach.

Zwar gibt es in Freiburg seit 2002 einen Kontaktladen, in dem sich Drogenabhängige treffen können, konsumieren dürfen sie dort aber bislang nicht. Das soll sich jetzt ändern: Im Juni 2022 beschloss die Landesregierung, Drogenkonsumräume auch in Städten mit weniger als 300 000 Einwohnern zuzulassen.

„Das rettet Menschen“

Wie das konkret aussieht, davon machte sich eine Delegation aus Freiburg im vergangenen Herbst in Karlsruhe ein Bild. Dort gibt es seit Dezember 2019 einen Raum für Drogenkonsum, bis heute konnten dadurch elf Drogennotfälle mit möglicher Todesfolge verhindert werden. „Das rettet Menschen“, sagte AWO-Leiter Ilja Wöllert. „Für uns erfüllt sich mit dem Drogenkonsumraum ein lang gehegter Wunsch.“

Untergebracht werden soll der Konsumraum im Kontaktladen der AWO, die damit für beide Einrichtungen zuständig wäre. Geplant sind sieben Konsumplätze für volljährige Drogenabhängige – sauber und medizinisch überwacht, denn vor Ort werden jeweils eine medizinische Fachkraft und ein Sozialarbeitender sein. So kann auf Überdosierungen und Notfälle schnell reagiert werden, gleichzeitig gibt es Beratung zu Hilfsangeboten und Ausstiegsmöglichkeiten.

„Vertrauen ist da“

Bei der AWO rechnet man mit rund 110 Nutzerinnen und Nutzern pro Tag – so viele wurden kürzlich an einem Dienstag im Kontaktladen gezählt. In Karlsruhe werde der Raum gut angenommen, berichtete der kommunale Suchtbeauftragte Volker Pflanz. Und geht davon aus, dass es in Freiburg ähnlich sein wird. „Der Kontaktladen ist ja schon bekannt, Vertrauen ist also da.“ Außerdem sei die räumliche Nähe zum Colombipark gegeben, wo sich Drogenkonsumierende aufhalten.

„Das braucht Freiburg“

Auch die Polizei steht hinter den Plänen der Verwaltung. „Das ist eine Einrichtung, die Freiburg braucht“, so das Fazit von Polizeidirektor Ulrich Hildenbrand, der das Revier Nord in der Innenstadt leitet. Er betonte, dass es sich dabei nicht um einen rechtsfreien Raum handle. Aber der Besitz und Eigenkonsum von geringen Mengen an Drogen sei dort erlaubt und werde nicht strafrechtlich verfolgt. „Wir bekämpfen die Dealer, nicht die Suchtkranken.“ Für den Colombipark kündigte er Schwerpunktkontrollen an, damit er nicht Anziehungspunkt für Drogenhändler wird.

„Sorgen ernst nehmen“

Der Colombipark soll bekanntermaßen ein neues Gesicht bekommen, mit seiner Umgestaltung wurde kürzlich begonnen: Mit dem „Colombini“ entsteht dort ein Spielplatz, aber mit dem neuen Pergolaplatz an der Ecke Colombi- und Rosastraße auch ein Bereich für Suchtkranke.

Um die Anwohnerinnen und Anwohner mit ins Boot zu holen, fanden bereits zwei Gesprächs- und Informationsabende statt, weitere sind für die Zeit nach der Eröffnung geplant. „Wir nehmen die Befürchtungen und Ängste der Anwohnenden sehr ernst“, betonte Boris Gour dial, der Leiter des Amtes für Soziales.

Gemeinderat entscheidet

Geöffnet sein soll der Raum zunächst montags bis freitags von 9 bis 16 Uhr. An Kosten hat die Verwaltung 75 000 Euro für die Einrichtung des Raums veranschlagt sowie einen jährlichen Zuschuss von 222 000 Euro. Beides ist laut Erstem Bürgermeister im kommenden Doppelhaushalt eingestellt.

Der Sozialausschuss des Gemeinderats hat sich bereits für den Drogenkonsumraum ausgesprochen. Von Kirchbach ist zuversichtlich, dass die Pläne der Verwaltung auch im Gemeinderat eine Mehrheit finden; dann könnte die Stadt die Genehmigung dafür beim Sozialministerium des Landes beantragen. Im Herbst könnte der Kontaktladen umgebaut und im Januar 2024 der Drogenkonsumraum eröffnet werden. „Das wäre dann der letzte Mosaikstein für die Drogenhilfe in Freiburg“, so der Erste Bürgermeister.

Der Laden brummt wieder

Erfreulich: Stadtbibliothek stellt ihre Post-Corona-Jahresbilanz 2022 vor

Nach der langen Coronazeit brummt der Laden jetzt wieder – so lautet die Bilanz 2022 der Stadtbibliothek, die Freiburgs Erster Bürgermeister Ulrich von Kirchbach und die stellvertretende Bibliotheksleiterin Ulrike Kraß kürzlich vorgestellt haben. Während der Pandemie wurde das Online-Angebot erweitert, aber auch vor Ort am Münsterplatz ist inzwischen wieder viel los.

„Dass die Stadtbibliothek nach dem Ende der Pandemie schnell wieder ihren Platz in unserer Stadtgesellschaft einnehmen würde, daran habe ich nie gezweifelt“, betonte von Kirchbach. „Beeindruckend finde ich aber, wie schnell sie und ihr engagiertes Team wieder auf Kurs sind. Die digitalen Angebote werden mehr denn je genutzt, Medien und Veranstaltungen für Kinder boomen, und die grenzüberschreitende Zusammenarbeit lebt wieder auf.“

Digitales hoch im Kurs

Den Einstieg in ein digitales Medienangebot vollzog die Stadtbibliothek mit der Onleihe, also dem Download von E-Medien, bereits vor 14 Jahren. Seitdem steigt die Nutzung elektronischer Bücher, Zeitschriften, Zeitungen und Hörbücher kontinuierlich. Im Startjahr 2009 waren es 3000, im letzten Jahr mehr als 300 000 Downloads.

Mit dem Filmangebot „Filmfreund“ und den beiden Musik-Streamingdiensten „Naxos“ und „Freegal“ hat die Stadtbibliothek ihr Online-Angebot während der Coronazeit stark ausgebaut. 2022 stieg die Nutzung dieser digitalen Angebote erneut an, auf inzwischen 425 230 Zugriffe.

Veranstaltungs- und Schulungsangebote ergänzen das digitale Segment. Onleihe-Sprechstunden, Termine beim IT-Scout oder Einführungen in die Informationsrecherche zur Erkennung von Fake News gehören inzwischen zum regulären Programm.

Kinder im Fokus

Erfreulich ist die Entwicklung bei der Medienausleihe in der Kinderbibliothek: Allein im Kinder- und Jugendbereich am Münsterplatz gab es im vergangenen Jahr 421 000 Ausleihen. In den Stadtteilbibliotheken und dem Bücherbus ist die Entwicklung ähnlich. Damit einher geht der Anstieg der Kinder, die ihre Bibliotheksausweise genutzt haben.

Besonders wichtig: Auch die Nachfrage nach Klassenführungen steigt wieder an. Durch Besuche von Kitagruppen und Schulklassen werden auch Kinder erreicht, die nicht selbstverständlich mit den Eltern in die Stadtbibliothek kommen. Deshalb beteiligt sie sich auch an der bundesweiten Aktion „Lesestart“, einem Projekt der Stiftung Lesen, durch das Lesetaschen mit einem Bilderbuch und Vorlesetipps an Familien verschenkt werden. Nah bei den Kindern sind auch die Schulbibliotheken. „Wir verstehen uns als wichtigen Beitrag zur Chancengerechtigkeit“, betonte Ulrike Kraß.

Über Grenzen hinweg

Im April 2022 nahm das Info-Zentrum Europe Direct (ED) seine Arbeit wieder auf, nachdem es zunächst aussah, als würde Freiburg keinen Zuschlag mehr dafür erhalten. Die Resonanz zeigt, wie groß das Interesse und der Informationsbedarf in Sachen Europa sind. Dabei profitiert ED von den vielen Besucherinnen und Besuchern der Stabi am Münsterplatz, ist aber immer wieder auch mit Infoständen unterwegs, etwa beim Markt der Partnerstädte oder beim „Europa-Café“.

Nach Corona nahm auch die grenzüberschreitende Zusammenarbeit wieder Fahrt auf, etwa die Partnerschaft mit der Bibliothèque Municipale de Mulhouse. Schon seit 30 Jahren fährt der Freiburger Bücherbus einmal monatlich nach Mulhouse, und der Mulhouser Bibliobus kommt mit französischsprachigen Medien auf den Münsterplatz.

Mehr Ausleihen und Nutzer

Mit 1 327 829 Ausleihen näherte sich die Stadtbibliothek 2022 wieder dem Vor-Corona-Niveau an (2019: 1 475 372 Ausleihen). 24,4 Prozent der Medien sind digital: Onleihe, Musik-CDs, DVDs und Literatur-CDs. Ihr Anteil an der Gesamtausleihe beträgt 42,8 Prozent. Der Rest verteilt sich auf Non-Book-Medien wie Zeitschriften, Noten oder Spiele.

Die Zahl der Menschen, die ihren Bibliotheksausweis mindestens einmal genutzt haben, stieg 2022 auf 24 903. „Wir sind stolz darauf, dass über zehn Prozent der Stadtbevölkerung unsere Stabi nutzen“, freute sich von Kirchbach. 63 Prozent der Ausweise gehören Frauen oder Mädchen.

Mehr Veranstaltungen

Mit 946 ist die Zahl der Veranstaltungen inzwischen wieder fast vierstellig; 2019 waren es noch 1073. Darunter waren Veranstaltungen für Kinder und Jugendliche, Ausstellungen und Führungen. Ein Schwerpunkt sind literarische Reihen wie der „Andruck“ (in Kooperation mit Literaturhaus, Kulturamt, SWR-Studio, Stadttheater Freiburg und Badische Zeitung), der Lesetreff, der „Lesekreis französische Literatur“ sowie Lesungen Vorträge zu italienischer Literatur und Kultur.

Neue Bissier-Werke für Freiburg

Museum für Neue Kunst erweitert Sammlung

Jahrzehntlang hat das Museum für Neue Kunst Werke von Julius Bissier gesammelt. Mithilfe der Kulturstiftung der Länder, der Ernst von Siemens Kunststiftung und der Stadt Freiburg wurde die Sammlung jetzt um 13 bedeutende Werke erweitert. Präsentiert werden sie bis Sonntag, 23. Juli.

Unter den neu erworbenen Werken im Wert von 200 000 Euro sind Tuschen und Eiöltempera, die ab 1934 bis zu Bissiers Tod im Jahr 1965 entstanden sind. Sie machen seine vielschichtige Auseinandersetzung mit fernöstlichen Kulturen und antiken Symbolsprachen sichtbar. Die herausragenden Werke hatte der Nachlass bislang sorgsam gehütet und nur selten öffentlich gezeigt.

Bissier wurde 1893 in Freiburg geboren und lebte viele Jahre in der Stadt. Als Künstler entdeckt und gefördert wurde er erst in den späten 1950er-Jahren. Bis zu seinem Tod prägte er die Entwicklung der abstrakten Malerei in Deutschland maßgeblich mit. Heute gilt sein Werk als bedeutendes Beispiel einer sich auf Ostasien beziehenden modernen Kunst.

„Dass das Museum für Neue Kunst schon lange Kunstwerke des international anerkannten Freiburgers Julius Bissier sammelt und ausstellt, ist für uns Grund, dass wir diese Erwerbung sehr gern gefördert haben“, sagte Professor Markus Hilgert, Generalsekretär der Kulturstiftung der Länder. Martin Hoernes, Generalsekretär der Ernst von Siemens Kunststiftung, betonte: „Gerne stellen wir drei wesentliche Arbeiten, die beispielsweise die Künstlerfreundschaft zu Oskar Schlemmer dokumentieren, als Dauerleihgabe zur Verfügung.“

Und Isabel Herda, zuständig für den Bereich Graphische Sammlung am Museum für Neue Kunst, fügte hinzu: „Für uns ist Bissier auch deshalb interessant, weil er früh erkannt hat, dass Kunst global ist.“

Über eine Auswahl der angekauften Arbeiten sprechen Isabel Herda und Lisa Bauer-Zhao vom Museum für Neue Kunst in einem Video: freiburg.de/bissier Infos: www.freiburg.de/museen

Internationaler Museumstag

Ein Tag, fünf Häuser und jede Menge zu entdecken: Unter dem Motto „Kunst und Kultur für Groß und Klein“ beteiligen sich die städtischen Museen am Sonntag, 21. Mai, von 10 bis 17 Uhr am Internationalen Museumstag. Auf alle Museums-gäste warten spannende Führungen durch die Sonder- und Dauerausstellungen, Künstlerinnen und Künstlergespräche, abwechslungsreiche Mitmachaktionen und ein Escape Game. Der Tag wird jährlich vom Internationalen Museumsrat ausgerufen, um weltweit auf die Vielfalt der Museen aufmerksam zu machen.

Infos zum Programm unter: www.freiburg.de/museumstag

Walk & Talk zur Arbeitsagentur

Der Wegweiser Bildung bietet für alle, die in Freiburg zu Bildungsthemen beraten, die Veranstaltungsreihe „Walk & Talk“ an. Am Dienstag, 16.5., spazieren Beraterinnen und Berater um 14.30 Uhr gemeinsam zur Agentur für Arbeit. Dort stellt das Team der Berufsberatung im Erwerbsleben (BBiE) das Angebot für Erwerbstätige vor, die sich beruflich neu orientieren wollen.

Weitere Informationen unter www.wegweiser-bildung.de/veranstaltungen/walk-talk-0. Anmeldung unter: veranstaltung@wegweiser-bildung.de. Der Treffpunkt wird bei der Anmeldung bekannt gegeben.

Als Tourist in der eigenen Stadt

Die eigene Stadt mit anderen Augen sehen oder Ecken und Orte kennenlernen, die man noch nicht kennt – das geht am Sonntag, den 14. Mai. Von 10.30 bis 18 Uhr bieten die FWTM und ihre Partnerinnen und Partner kostenlose Führungen in der Stadt an. Ziele sind Hotels, Museen, das Theater, der Schlossberg, das alte Rathaus und viele mehr. Die (kostenlosen) Tickets gibt es jeweils eine halbe Stunde vor Führungsbeginn an der Tourist-Info am Rathausplatz. Die Zahl der Teilnehmenden ist begrenzt.

Übersicht aller Führungen unter: www.veranstaltungen.freiburg.de/events/e-erlebnistag

„Von der Pleiße an die Dreisam und zurück“

Städtische Museen beschließen Zusammenarbeit mit dem thüringischen Lindenau-Museum in Altenburg

Kunst und Kultur leben von Kommunikation und Austausch. Die Städtischen Museen Freiburg und das thüringische Lindenau-Museum Altenburg tun sich zusammen und haben gemeinsam viel vor: Mit der Unterzeichnung eines Kooperationsvertrags beschließen sie eine langfristige, intensive Zusammenarbeit.

Wenn zwei das Gleiche tun, ist es vielleicht gut, sich zusammenzutun. So ähnlich haben es sich die Verantwortlichen der städtischen Museen in Freiburg und im thüringischen Altenburg gedacht. Beide hüten Kunstschatze von überregionaler Bedeutung, beide residieren in historischen, denkmalgeschützten Gebäuden, und beide durchleben eine umfassende Sanierung. Freiburg ist mit dem Augustinermuseum dabei fast am Ende; 2025 soll nach mehr als 20 Jahren Umbauzeit das rundum erneuerte Haus am Augustinerplatz vollständig eröffnet werden. In Altenburg hat der Umbau gerade erst begonnen, mindestens bis 2026 wird es dauern, bis der erste Bauabschnitt mit dem schönen Titel „Der Leuchtturm an der blauen Flut“ fertig ist. In der Zwischenzeit gibt es vor Ort nur eine kleine Interimslösung, die der umfangreichen Sammlung nur bruchstückhaft Platz bietet.

Sanierung als Chance

Die Sanierung in Altenburg ist für Freiburg eine einzigartige Gelegenheit, Kunstwerke der Thüringer in gleich zwei hochkarätigen Ausstellungsprojekten in Freiburg zu zeigen. Das Augustinermuseum zeigt in „Bellissimo!“ italienische Meisterwerke vom Mittelalter bis zur Renaissance. Und das Museum für Neue Kunst präsentiert in Anlehnung an den gleichnamigen Spielfilm von Charlie Chaplin in „Modern Times“ Werke der Moderne aus Altenburg und Freiburg.

Italienische Meisterwerke

Mit „Bellissimo!“ können sich die Freiburger Museumsgäste ab Mai 2024 auf prächtige Goldgründe und leuchtende Farben, elegante Linienführungen und raffinierte künstlerische Techniken freuen. Fra Angelico, Guido da Siena oder Sandro Botticelli schufen sie in bekannten Kunstzentren wie Florenz oder Siena. Die Ausstellung zeigt die Bilderwelt der Kirchen und der privaten Andacht, bietet aber auch Einblicke in die Kunst an den herrschaftlichen Höfen. Das Lindenau-Museum Altenburg besitzt eine der größten und bedeutendsten Sammlungen italienischer Gemälde des 13. bis frühen 16. Jahrhunderts außerhalb Italiens.

Dix, Kollwitz und Co.

„Modern Times“ präsentiert ab Herbst 2024 im Museum für Neue Kunst Werke vom Expressionismus bis zur Neuen Sachlichkeit aus dem Lindenau-Museum, ergänzt um Arbeiten aus dem eigenen Bestand. Künstlerinnen und Künstler wie Otto Dix, Conrad Felixmüller, George Grosz, Käthe Kollwitz oder Hanna Nagel spiegeln in ihren Arbeiten das Leben zwischen den beiden Weltkriegen: vor allem mit dem Blick auf jene Menschen, die gesellschaftlich ganz unten standen. Kriegserfahrung und Traumata, Armut und Reichtum, politische Radikalisierung, Streik und Revolution, Sexualität und Rausch – diese Themen haben die 1920er- und 1930er-Jahre wesentlich bestimmt und werden knapp 100 Jahre später wieder neu diskutiert.

Museen als Netzwerk

Der Mehrwert für Freiburg aus der Kooperation ist also offensichtlich. Die neue Museumsdirektorin Jutta Götzmann machte denn auch keinen Hehl aus ihrer Freude, so herausragende Kunstwerke in Freiburg präsentieren zu können. Zu verdanken ist das dem „großen Kulturnetzwerk“, das alle Museen miteinander verbindet. Ihren Altenburger Kollegen Roland Krischke kennt Götzmann schon seit vielen Jahren und schon lange vor der aktuellen Tätigkeit. Der wiederum findet es „wunderbar für uns, die Sammlung hier zeigen zu können“. Die beiden Ausstellungen sollen aber nur der Anfang der Zusammenarbeit sein. Beide Museumsleitungen sehen großes Potenzial bei vielen Themen, zum Beispiel bei Diversität und Inklusion, wie Götzmann sagte. Und Krischke kann sich vorstellen, geplante virtuelle Präsentationen in Freiburg zu testen, bevor er sie dem eigenen Publikum in Altenburg zeigt. Auf jeden Fall soll die Partnerschaft keine Einbahnstraße werden. Das Motto, so Krischke, lautet daher: „Von der Pleiße an die Dreisam und zurück.“

Gemälde aus NS-Zeit bleibt erhalten

Verwaltung hat Umplanungen im künftigen NS-Dokuzentrum beauftragt – 270 000 Euro Mehrkosten

Bei den Umbauarbeiten im ehemaligen Verkehrsamt der Stadt Freiburg für das künftige Dokumentationszentrum Nationalsozialismus wurde hinter einer Wandverkleidung ein großformatiges Gemälde von Theodor Kammerer entdeckt. Nach sorgfältiger Abwägung hat sich die Verwaltung für dessen Erhalt in situ, das heißt am Fundort, entschlossen.

Der Freiburger Künstler Theodor Kammerer (1894–1961) malte das Bild als Auftragsarbeit für die Stadt auf sechs miteinander verbundenen Tischlerplatten. Um 1939 wurde es im Erdgeschoss des Gebäudes installiert. Es ist etwa acht Meter breit und 2,5 Meter hoch. Die dargestellten überlebensgroßen Figuren in natürlicher Umgebung entsprechen inhaltlich und stilistisch dem Zeitgeist der NS-Ideologie. Vermutlich wurde es in den 1950er-Jahren abgedeckt.

Nach der Freilegung, Untersuchung und Sicherung des Bildes durch eine Restauratorin fand eine Begutachtung durch das Landesamt für Denkmalpflege statt. Hieraus resultierte die Forderung des Landesdenkmalamts, dass das Wandgemälde kunsthistorisch aufgearbeitet und am Fundort erhalten bleiben muss.

Erhalt historischer Spuren

Das Gemälde ist ein historisches Objekt an einem authentischen Ort und unterstreicht damit die Wahl des ehemaligen Verkehrsamts als geeigneten Ort für das Dokumentationszentrum. In dem Gebäude spiegelt sich die Geschichte von der Zugehörigkeit sowie des Ausschlusses aus der nationalsozialistischen „Volksgemeinschaft“ deutlich wider. Im Erdgeschoss befand sich das auf Tourismus und vermeintliche Offenheit hin ausgerichtete Foyer, im Untergeschoss der Luftschutzkeller als Zeichen der frühen Kriegsvorbereitung. Diese historischen Spuren vor Ort müssen erhalten bleiben und bieten gleichzeitig eine große Chance für die wissenschaftliche und didaktische Arbeit des künftigen Dokumentationszentrums.

Das gefundene Wandgemälde befindet sich in unmittelbarer Nähe zum künftigen Raum des Gedenkens an die Verfolgten des Nationalsozialismus. Bei seiner Einbindung in die Ausstellung muss das Team des Dokumentationszentrums deshalb eine Möglichkeit erarbeiten, es temporär ganz oder teilweise zu verdecken. Diese Änderungen des Ausstellungskonzepts sowie die Restaurierung des Bildes kosten schätzungsweise 70 000 Euro.

Hinzu kommen zusätzliche Baukosten inklusive der Bauzeitverlängerung von rund 200 000 Euro. Da die betreffende Wand teilweise zurückgebaut werden sollte, um einen neuen Aufzug zu platzieren, sind geänderte und zusätzliche bauliche Maßnahmen notwendig: Unter anderem muss der Aufzugsschacht um 90 Grad gedreht und die Toilettenanlage neu geplant werden.

Damit ergeben sich Mehrkosten in Höhe von rund 270 000 Euro, die teilweise durch das Budget und mittels Zuschüsse aufgefangen werden. Das Gebäudemanagement Freiburg und die Städtischen Museen Freiburg planen jetzt entsprechend. Der Baubeschluss zum Dokumentationszentrum Nationalsozialismus umfasst ein Gesamtbauvolumen von 4,9 Millionen Euro.

Namen und Nachrichten

Peter Carp in Akademie gewählt

Der Intendant des Theaters Freiburg Peter Carp wurde als neues Mitglied in die Deutsche Akademie der Darstellenden Künste (DADK) gewählt. Die DADK wurde 1956 in Hamburg als gemeinnütziger Verein mit dem Ziel gegründet, durch Diskussionen, Stellungnahmen und Veranstaltungen zu aktuellen Themen und Entwicklungen Zeichen und Maßstäbe für das kulturelle Leben zu setzen. Dabei werden alle Sparten der darstellenden Künste wie Theater, Oper, Tanz, Film, Fernsehen und Rundfunk einbezogen.

www.darstellendekuenste.de

Zinnfigurenklause öffnet wieder

Nach gut zwei Jahren, in denen die Zinnfigurenklause coronabedingt nahezu gänzlich geschlossen war, öffnet das kleine, aber feine Museum zur Stadtgeschichte im Schwabentor jetzt wieder seine Pforten. Los geht es mit einem Tag der offenen Tür am kommenden Samstag, 20. Mai, von 11 bis 15 Uhr. Der Eintritt ist frei.

Öffnungszeiten: Di–Fr 14.30–17 Uhr, Sa/So 12–14 Uhr www.zinnfigurenklause-freiburg.de

Bewerbung für Atelierstipendien

Die Stadt Freiburg ist gemeinsam mit den Kantonen Basel-Stadt, Baselland, Solothurn, dem Elsass und der geschäftsführenden Basler Christoph-Merian-Stiftung Träger des europaweit einzigartigen Atelier-Mondial-Programms, über das Atelieraufenthalte und Reisestipendien gemeinsam finanziert und vergeben werden.

2024 gibt es insgesamt 14 Atelierstipendien und drei Reisestipendien in den Bereichen Bildende Künste, Literatur, Mode und Textil, Tanz/Performing Arts sowie ein Recherchestipendium für Kuratierende, Kunstkritiker und Kulturvermittelnde in allen Sparten. Außerdem gibt es eine einmalige Sonderausschreibung für ein Atelierstipendium in Bali. Für diesen Tandem-Austausch Basel-Bali können sich Kunstschaffende aller Sparten bewerben. Ermöglicht wird dieser Austausch in Kooperation mit der Kulturstiftung Basel H. Geiger | KBH.G.

Für alle Ausschreibungen gilt: Die Bewerberinnen und Bewerber müssen ihren Wohnsitz oder Arbeitsort in den Kantonen Basel-Stadt, Basel-Land, Solothurn, in Freiburg und Südbaden oder im Elsass haben.

Ausschreibungen, Teilnahmebedingungen und Online-Bewerbungsformulare unter

www.ateliermondial.com Bewerbungsfrist ist der 18. Juni.

Weitere Informationen beim Kulturamt: Tel. 0761 201-2101, kulturamt@stadt.freiburg.de

Ein Wiener Entwurf für Haslach

Stadtbau plant 100 neue Wohnungen – die Hälfte davon gefördert

Unter Vorsitz des Frankfurter Architekten Prof. Zvonko Turkali hat eine zwölfköpfige Jury über eine Konzeptstudie für eine Bebauung in der Haslacher „Drei-Ähren-Straße“ entschieden. Der Siegerentwurf für das rund 6900 Quadratmeter große Areal in unmittelbarer Nachbarschaft der Josef-Brandel-Anlage kommt vom Büro Froetscher Lichtenwagner Architekten aus Wien.

Fünf Architekturbüros aus Freiburg, Todtnau, Stuttgart, Wiesbaden und Wien hatte die Freiburger Stadtbau (FSB) im Rahmen eines konkurrierenden Verfahrens eingeladen. Das neue Quartier im südwestlichen Teil Haslachs ist ein weiterer Baustein der Sanierungs- und Neubauvorhaben der FSB zwischen Belchenstraße, Drei-Ähren-Straße und Josef-Brandel-Anlage. Dort hatte die Stadtbau in den letzten Jahren die Neubauten an der Belchenstraße 8–10 erstellt, die Häuserzeilen in der Belchenstraße 12–34 saniert und aufgestockt sowie die Parkanlage aufgewertet.

Auf dem Grundstück befinden sich aktuell drei Zeilengebäude aus dem Jahr 1962. Die insgesamt 54 Dreizimmerwohnungen genügen in vielerlei Hinsicht nicht mehr zeitgemäßen Anforderungen. Stattdessen soll hier ein attraktives und zukunftsfähiges neues Wohnquartier mit zirka 100 Neubauwohnungen entstehen. Die Hälfte der künftigen Wohnungen sind für den öffentlich geförderten Mietwohnungsbau vorgesehen; zwei Drittel davon als Zwei- bis Dreizimmerwohnungen, ein Drittel als Vier- bis Fünfzimmerwohnungen. Die zweite Hälfte der Gesamtwohnfläche ist für Eigentumswohnungen mit zwei bis vier Zimmern vorgesehen.

Der Siegerentwurf des Wiener Büros überzeugte die Jury durch sein schlüssiges und überzeugendes städtebauliches, freiraumplanerisches und architektonisches Konzept, das beweist, dass neue, innovative Wohnformen und bezahlbares Wohnen gemeinsam realisierbar sind. „Das Gebäudekonzept folgt den für den Stadtteil definierten Quartiersleitlinien und überzeugt durch eine effiziente Planung und Ausführung“, so Magdalena Szablewska und Matthias Müller von der FSB-Geschäftsführung.

Im Vorfeld hatte das Stadtplanungsamt die Leitziele für das Plangebiet mit der Bürgerschaft in unterschiedlichen Workshops erarbeitet und in den Quartiersleitlinien Haslach zusammengefasst. Auf Grundlage des Siegerentwurfs werden in den nächsten zwei Jahren die Planungen fortgeführt. Baubeginn könnte frühestens im Laufe des Jahres 2025 sein. Von einer Fertigstellung wäre dann frühestens 2027 auszugehen.

Die Pläne der Siegerkonzeption werden im Mieterbüro Haslach ausgestellt und können auch von außen unabhängig von den Öffnungszeiten angesehen werden. Außerdem sind sie auf der FSB-Internetseite abrufbar.

www.wohneninfreiburg.de/bauensanieren/in-planung/drei-aehren-strasse

Unten Verkehr, oben Boulevard

Neuigkeiten beim Stadttunnel: Rückbau der B 31 auf eine Spur je Fahrtrichtung ist möglich

Die Autobahn GmbH des Bundes hat dargelegt, wie mit Sperrungen und Unfällen im geplanten Stadttunnel umzugehen ist. Sollte eine Röhre gesperrt werden, kann der Verkehr demnach nicht unterirdisch auf die andere Röhre ausweichen. Trotzdem kann die heutige B 31 auf eine Spur zurückgebaut werden. So kann der Raum entstehen, den es für die Neugestaltung entlang der Dreisam braucht.

Obwohl es die Stadtverwaltung bevorzugt hätte, wenn im Falle einer Sperrung der Verkehr komplett über die jeweils andere Röhre geführt werden würde, zeigte sich Baubürgermeister Martin Haag erfreut: „Für uns ist wichtig, dass wir unsere Pläne zu einer städtebaulich attraktiven und verkehrsberuhigten Neugestaltung an der Oberfläche zwischen Kronenbrücke und Maria-Hilf-Kirche entlang der Dreisam umsetzen können. Und das wird nochmals ausdrücklich bestätigt. Nun haben wir erfreulicherweise Klarheit, dass wir das Projekt Dreisamboulevard angehen können.“

Keine Umleitung im Tunnel

Der Freiburger Gemeinderat, die Bürgervereine Mittel- und Unterwiehre und Oberwiehre-Waldsee sowie der Lokalverein Innenstadt hatten gefordert, bei den Planung des Stadttunnels zu untersuchen, ob bei Sperrungen in einer Tunnelröhre der Verkehr über die jeweils andere Tunnelröhre geführt werden kann. Daraufhin haben das Regierungspräsidium und die Stadt eine Untersuchung beauftragt, deren Ergebnisse Fachleute im Auftrag der Autobahn GmbH geprüft und die nun zu der Ablehnung geführt haben. Aus städtischer Sicht ist die Bewertung der Autobahn GmbH plausibel.

Hohe Kosten, wenig Nutzen

Der Freiburger Stadttunnel wird also ohne die Möglichkeit gebaut, den Verkehr im Sperrungsfall einer der beiden Tunnelröhren unterirdisch in die jeweils andere Röhre umzuleiten. Dies liegt unter anderem daran, dass aufgrund der dichten städtischen Bebauung die technischen Voraussetzungen für eine Gegenverkehrsnutzung nur schwer realisierbar wären. So wären zur Gewährleistung der Verkehrssicherheit zusätzliche Querverbindungen für Fluchtwege und Tunnelbelüftung notwendig. Fazit der mit Planung und Bau beauftragten Niederlassung Südwest der Autobahn GmbH: „Das Vorsehen eines Gegenverkehrsbetriebes für Sanierungs- und Wartungsfälle stünde außerhalb jeden Verhältnisses von Kosten und Nutzen.“

Vollsperrung sehr selten

Der Fall, dass der Gegenverkehr durch die andere Tunnelröhre geleitet werden könnte, würde grundsätzlich sehr selten eintreten. Bei einer Havarie oder einem Unfall in einer Tunnelröhre muss ohnehin der komplette Tunnel gesperrt werden. Die andere Röhre dient dann als Weg für die Rettung und Evakuierung. Zudem ist laut Autobahn GmbH für Fahrbahnsanierungen und andere technische Sanierungen immer nur die Sperrung einer Fahrbahn notwendig – hier muss also gar keine Röhre voll gesperrt werden.

Lediglich in sehr seltenen Fällen für Großsanierungen müsste eine Röhre voll gesperrt werden und nur dann müsste der Verkehr oberirdisch laufen. Für diese oberirdische Ausweichstrecke ist jedoch keine Straßendimension wie die der heutigen B 31 notwendig. Hierfür reicht eine einspurige Straße je Fahrtrichtung aus. Gegen einen solchen Rückbau gibt es seitens der Autobahn GmbH keine Einwände.

Ausweichen lohnt sich nicht

Pförtnerampel an der B 31 hat sich bewährt

Seit einem Jahr sorgt eine Pförtnerampel auf der B 31 vor Freiburg dafür, dass es in den Tunnelanlagen zu keinen längeren Staus kommt. Diese Regelung hat sich nach Einschätzung von Regierungspräsidium, Stadt und den umliegenden Gemeinden bewährt.

Anders als teilweise befürchtet ist der Verkehr größtenteils auf der B 31 geblieben. Nennenswerte Ausweichverkehre wurden nicht festgestellt, teilte jetzt das Regierungspräsidium mit.

Das würde sich auch nicht lohnen, wie ein Gutachten der Stadt bestätigt hat: Alternativrouten führen zu längeren Fahrtzeiten. Anlass für die Einrichtung der Pförtnerampel waren Mängel beim Brandschutz der Tunnel aufgrund gesteigener Verkehrsbelastungen, die bei einem jährlichen Sicherheitscheck im Sommer 2021 festgestellt wurden. Langfristig soll die Tunnelsicherheit durch eine umfassende Sanierung gewährleistet werden. Die Planungen dazu laufen bereits.

Die Umsetzung des auf 40 Millionen Euro geschätzten Projekts wird aufgrund des komplexen Planungs- und Ausschreibungsverfahrens aber noch ein bisschen dauern: Frühestens 2027/2028 könnten die Bauarbeiten beginnen und 2030 abgeschlossen sein. Um die Einschränkungen während der Bauzeit möglichst gering zu halten, soll der Verkehr dann jeweils in beide Fahrtrichtungen durch eine Tunnelröhre fließen.

Fotowettbewerb zum Kampagnenstart

Nachhaltige Mobilität „Jetzt oder now“

Die Mobilitätswende kommt – und das ist auch dringend notwendig. Um die ehrgeizigen Klimaschutzziele im Verkehrssektor zu erreichen, braucht es die Veränderungsbereitschaft von allen. Dazu will die Stadt Freiburg einen Beitrag leisten und startet mit einem Fotowettbewerb eine neue Kampagne zur klimafreundlichen Mobilität.

Die Preise sind attraktiv: Die Siegerin oder der Sieger kann sich auf ein hochwertiges Fahrrad freuen. Auf den weiteren Plätzen warten eine Fahrradtasche, Wanderstöcke und Gutscheine für die VAG, städtische Bäder, Museen und das Theater. Noch bis einschließlich 30. Juni können Freiburgerinnen und Freiburger ihr Lieblingsbild zum Thema klimafreundliche Mobilität einreichen. Der Kreativität sind dabei keine Grenzen gesetzt: Wie wäre es beispielsweise mit dem schönsten Radweg zur Arbeit, dem Panoramablick aus der Bahn, dem Einkauf mit dem Lastenrad oder einer Entdeckungstour zu Fuß? Den Gewinnerinnen und Gewinnern winken nicht nur hochwertige Preise, sondern auch eine Ausstellung am Museum für Neue Kunst. Außerdem werden ihre Bilder Motive für einen Kalender 2024. Das Siegerfoto erscheint zusätzlich als Postkarte. Die Fotos wählt eine Jury aus. Die besten werden am 22. Juli bei einer Preisverleihung im Rahmen der Museumsnacht vorgestellt.

Der Fotowettbewerb ist die erste Aktion der städtischen Kampagne „Jetzt oder now“. Die Kampagne richtet den Blick auf eine klimafreundliche Mobilität, die Nutzen bringt und Spaß macht.

Infos und Teilnahme am Wettbewerb unter www.freiburg.de/jetztodernow

Mit einzigartigem Charme

Befragung gibt Einblick in den Stellenwert des Mundenhofs

Über Aussagen wie „Die Tiere haben hier so viel Platz“ oder „Ich find’s einfach so perfekt“ kann sich der Mundenhof freuen. Diese Statements stammen von Besuchern und Besucherinnen, die für eine repräsentative Studie befragt wurden. Sie liefert Informationen zur Sozialstruktur der Besuchenden und zu möglichen Weiterentwicklungen.

511 Personen wurden zwischen April 2022 und Januar 2023 befragt – unter anderem, um herauszufinden: Wer geht eigentlich auf den Mundenhof? Sehr viele, allein im vergangenen Jahr kamen knapp eine halbe Millionen Menschen, darunter viele Kinder. So hatten die 511 Befragten 615 Kinder mit dabei. Von den Erwachsenen sind 36 Prozent zwischen 30 und 40 Jahre alt, davon mit 67 Prozent mehr Frauen als Männer (29 Prozent).

Multikulti-Hof

Nicht nur die Tiere kommen aus allen Ecken der Welt, auch die Besuchenden sprechen unterschiedliche Sprachen und kommen aus 40 verschiedenen Herkunftsländern: der größte Teil (84 Prozent) aus Deutschland, Spitzenreiter unter den europäischen Nachbarn ist mit fünf Prozent Frankreich.

Von den deutschen Besuchenden kommen 83 Prozent aus Baden-Württemberg. Aus Freiburg kommen 185 der befragten Personen, was 37 Prozent entspricht. Wie zu erwarten, ist dabei der nahe gelegene Stadtteil Rieselfeld mit 20 Prozent am stärksten vertreten. Viele Gäste kommen zum wiederholten Mal (84 Prozent).

In der Regel verbringen die Besucher und Besucherinnen viel Zeit auf dem Mundenhof, 36 Prozent von ihnen mehr als drei Stunden. Die Gründe für einen Besuch sind vielfältig: Tiere, Zeit mit der Familie, das Wetter, Entspannung, Ruhe finden. Besonders wichtig: Der Mundenhof ist Tag und Nacht begehbar, und das kostenlos; nur fürs Parken werden Gebühren erhoben.

Was könnte besser werden?

Die Umfrage dient nicht nur der Bestandsaufnahme, sondern auch der Weiterentwicklung des größten Tiergeheges in Baden-Württemberg. Bei der Frage nach Verbesserungsvorschlägen stehen wetterunabhängige Angebote mit 46 Prozent hoch im Kurs. Weniger Tiere zugunsten zusätzlicher Flächen soll es nicht geben, finden 90 Prozent.

Jede vierte befragte Person hält die Infrastruktur für verbesserungswürdig: Die Besucherinnen und Besucher wünschen sich unter anderem mehr Toiletten, mehr Trinkbrunnen und mehr Mülleimer. Auch die ÖPNV-Verbindung zum Mundenhof wird beanstandet.

Und was sind die beliebtesten Tiere? Absolute Spitzenreiter sind die Erdmännchen (43 Prozent), die zusammen mit den Straußen bald in ihr neues Gehege einziehen dürfen. Der Wunsch der Besucherschaft wird somit berücksichtigt. Der Grundtenor der Umfrage lässt sich so zusammenfassen: „Des isch so schön – mehr kann man gar nicht erwarten.“

Mundenhof feiert Mongolen-Tage

Nach drei Jahren Pause lädt der Mundenhof am Samstag und Sonntag, 13./14. Mai, jeweils ab 14 Uhr auf dem Nistplatz wieder zu den Mongolen-Tagen ein: mit Gesang, Vorträgen zu Dschingis Khan und Schamanen, Märchen, Kamelen, Bogenschießen und Kinderprogramm. Auch mongolische Speisen und Getränke werden angeboten.

Der Eintritt ist frei. Veranstalter ist das Mongolei-Zentrum Freiburg, Infos gibt es bei dessen Leiter: b.wulff@mh-freiburg.de

Dunkle Wolken über Freiburg

Neue Studie zu NS-Bücherverbrennungen

Im Jahr 1933 riefen die Nazis die Kampagne „Wider den undeutschen Geist“ aus. Damit begann die systematische Verfolgung jüdischer, sozialistischer, oppositioneller und anderer unliebsamer Schriftsteller. In vielen Städten landeten Tausende Bücher auf dem Scheiterhaufen – auch in Freiburg, wie eine neue Studie belegt.

Bislang ging die Forschung davon aus, in Freiburg habe es keine oder nur kleinere nachgeholt Bucherverbrennungen gegeben. In seinem jetzt erschienenen Buch „Dunkle Wolken über Freiburg: Nationalsozialistische Bucherverbrennungen, ‚Säuberungen‘ und Enteignungen“ zeigt Heiko Wegmann, dass diese Annahme falsch ist.

Der Historiker arbeitet heraus, wo tatsächlich Bücher verbrannt und dass auch in Freiburg über zehn Jahre lang öffentliche, private, konfessionelle, Partei- und Vereinsbüchereien „gesäubert“ wurden. Die Nationalsozialisten beschlagnahmten sozialistische, pazifistische und jüdische Literatur und zerstörten mit diesen Raubzügen Existenzen.

Die Analyse zeichnet nach, welche Institutionen daran beteiligt und wer die Hauptakteure waren. Mussten sie sich nach 1945 für ihr Handeln verantworten? Was geschah mit den entwendeten, aber nicht verbrannten Büchern?

Die Studie ist als Band 25 der Reihe „Stadt und Geschichte“ des Stadtarchivs erschienen und für 12,90 Euro im Buchhandel erhältlich.

Stadt und Geschichte. Neue Reihe des Stadtarchivs Freiburg, Heft 25. Mona Djabbarpour und Andreas Jobst (Hrsg.).

Fahrgastbeirat sucht Mitglieder

Der Fahrgastbeirat Freiburg sucht neue Mitglieder. Das im Jahr 1999 ins Leben gerufene ehrenamtliche Gremium vertritt die Interessen der Fahrgäste von Bus und Stadtbahn gegenüber der Freiburger Verkehrs AG (VAG).

Wer regelmäßig Busse und Stadtbahnen in Freiburg nutzt, kennt die Wünsche und Erfordernisse der Fahrgäste des öffentlichen Nahverkehrs. Dieses Wissen wird im Fahrgastbeirat gebündelt. Hier werden Anregungen und Verbesserungsvorschläge mit Vertreterinnen und Vertretern der VAG diskutiert, die VAG ihrerseits informiert die Mitglieder über geplante Neuerungen.

Bewerbungen per Mail an Fahrgastbeirat-Freiburg@gmx.de oder per Brief an Fahrgastbeirat c/o Andreas Hildebrandt, Freiburger Verkehrs AG, Besançonallee 99, 79111 Freiburg. Bewerbungsschluss ist der 2. Juni. Neben einer kurzen Schilderung, wann und wo man den ÖPNV in Freiburg nutzt und warum man im Beirat mitarbeiten will, sollten aus der Bewerbung auch Alter, Geschlecht und die Wohnanschrift hervorgehen.

Grüne Gebäude im Fokus

Rekordtemperaturen, Tropennächte und immer längere Trockenperioden – auch in Freiburg war der Klimawandel letzten Sommer deutlich zu spüren. Begrünte Gebäude helfen bei der Anpassung und tragen zum Klimaschutz bei. Wie das konkret aussehen kann und welche Vorteile begrünte Dächer und Fassaden haben, zeigt Freiburgs Klimaanpassungsmanagerin Verena Hilgers bei einem Spaziergang durch das Klimaquartier Waldsee am Montag, 22. Mai, um 17 Uhr. Mit dabei ist auch Florian Freutel, Spezialist für vertikale Begrünung.

Anmeldung per Mail an klimaquartier@stadt.freiburg.de (Betreff: Begrünungsspaziergang).
Treffpunkt: Ecke Möslestraße/Oberrieder Straße. Infos zum Projekt „Unser Klimaquartier Waldsee“: www.freiburg.de/klimaquartier

Große Skateboard-Kunst auf sanierterer Halfpipe in Landwasser

Vor zwei Jahren sah es auf der Halfpipe am Moosweiher noch ganz anders aus: Mitgenommen von Wind und Wetter war sie marode und kaum noch befahrbar. Dann wurde im Frühjahr 2021 der Förderverein aktiv, hinzu kam die tatkräftige Unterstützung von Oberbürgermeister Martin Horn. Mit dessen Hilfe wurden Sponsoren gewonnen, und es kamen rund 15 000 Euro zusammen. Außerdem packten die Skaterinnen und Skater mit an, reparierten und bauten vieles selbst – so wurde die 25 Jahre alte Halfpipe im Herbst 2021 mit vereinten Kräften wieder auf Vordermann gebracht. Am vergangenen Wochenende zeigte die Skaterszene beim ersten großen Wettbewerb nach Corona ihr Können und bedankte sich beim OB für sein Engagement.

Stellenanzeigen der Stadt Freiburg

unter www.wirliebenfreiburg.de